Nummer 10 Pfg. Nummer 10 Pfg.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 7, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pfg. „ „ Monat 1.05 Mk. „ für 3 Monate 3.10 Mk. Durch die Post bezogen 3.10 Mk. frei ins Haus 3.52 Mk., wo keine Post am Orte 3.94 Mk.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung".

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspalt. Colonelzeile od. deren Raum für Breslau u. Schlesien 35 Pfg. Außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Inf. für Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versamml.-Anzeigen 30 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 235. Breslau, Montag, den 8. Oktober 1917. 28. Jahrgang.

Das drohende Mißtrauen!

Ein Konflikt im Reichstage.

Der Kampf zwischen Friedensfreunden und Kriegsverlängerern in Deutschland — denn um einen solchen handelt es sich, wenn man näher zusieht — hat am Sonnabend zu einem neuen scharfen Konflikt im Deutschen Reichstage geführt. Gleich abends nach der Sitzung ist der Reichskanzler Michaelis, der den Verhandlungen ferngeblieben war, nach dem Westen ins Hauptquartier gereist, handelt es sich doch für die Regierung um eine endliche klare Entscheidung, ob sie mit den Kriegsverlängern auf der Rechten oder mit den Freunden des Verständigungsfriedens von der Mehrheit gehen will. Für Herrn Michaelis handelt es sich vielleicht um Leben und Sterben. Um diese für ganz Deutschland wichtige Frage auch sicher und klar zur Entscheidung zu bringen, haben die Führer der Mehrheitsparteien nachträglich beschlossen, die Interpellationsdebatte nicht am Montag, sondern erst am Dienstag fortzusetzen, wenn der Reichskanzler selbst wieder da ist. Dann soll die Sitzung aber gleich mit diesem Punkte beginnen und als Kennzeichen dafür, daß die Mehrheit nicht zurückweichen will, wird ferner beantragt, den Nachtragsetat, der die Verwendung der Staatsgelder für „Aufklärung im Heere" enthält, noch einmal an den Hauptausschuß zurückzuweisen und dort erst die nötige Aufklärung über die Soldatenaufklärung zu verlangen. Bis auf die Nationalliberalen, die natürlich wieder zwischen rechts und links hin- und herschaukeln und deshalb keine Erklärung abgeben können, ist die Kampffstellung der Parteien klar.

Um zu verstehen, wie es zu dem scharfen Konflikt kommen konnte, müssen wir das aufmerksame Studium unseres heutigen ausführlichen Reichstagsberichts empfehlen. Genosse Landsberg hatte im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion in einer Rede voll überlegener Klugheit und beißender Schärfe dargelegt, wie dreist und verhältnismäßig gefördert die alldeutsche Eroberungspropaganda im Heere und in der Heimat ihr Wesen treibt. Als der Kriegsminister Stein und der Vizekanzler Helfferich ungeachtet ihrer Verurteilung von Einzelfällen trotzdem mit der „Vaterlandspartei", die diese Propaganda besonders ungeniert betreibt, liebäugelten, gab es einen Sturm, der so heftig wurde, daß Herr Helfferich sich nicht mehr zu helfen wußte, sondern von der Reichstagstribüne abtreten mußte. Ihm schallten die Rufe der Mehrheit nach, daß man zu dieser Regierung kein Vertrauen habe und da die Abgeordneten Haase und Genossen dieses Mißtrauen sofort in einen Antrag formulierten, muß der Widerstreit zwischen Regierung und Reichstag für alle Welt sichtbar aufklaffen, wenn einer der beiden Teile nicht bis zum morgigen Dienstag nachgibt und die Zweifelsfrage endgiltig geklärt wird: Wo steht die Regierung?

Am Dienstag fällt nun die Entscheidung. Wahrscheinlich wird der Reichskanzler persönlich erscheinen und sofort nach Eröffnung eine Erklärung abgeben. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob sich der Reichskanzler zu einer klaren und entschiedenen Erklärung verstehen wird. Viel eher muß man erwarten, daß auch seine Erklärung zu jener Art von Regierungs-Erklärungen gehören wird, die man mit der Marke rubriziert: „Nichts Halbes und nichts Ganzes"! Es wird dann in den Fraktionen ein großes Gerate und Gefrage beginnen über die Frage, ob das genügt, um ihn diesmal noch laufen zu lassen, und über diese Frage kann es dann in den Fraktionen und zwischen den Fraktionen zu Meinungsverschiedenheiten kommen.

Die Annahme einer Mißbilligungs-Resolution durch den Reichstag bedeutet entweder den sofortigen freiwilligen Abgang der Regierung oder aber für den Reichstag den moralischen Zwang, diesen Rücktritt durch Anwendung aller hierzu geeigneten Mittel herbeizuführen. Als undenkbar muß es unter den heutigen Umständen erscheinen, daß der Reichstag eine Resolution gegen die Regierung annimmt, und daß dann alles beim alten bleibt. Nimmt der Reichstag die Mißbilligungsresolution an, so muß er sich zu jeder Kraftprobe gegenüber der Regierung stark genug fühlen und entschlossen sein, sie durchzuführen. Er muß dann dafür sorgen, daß dem zum Rücktritt gezwungenen Reichskanzler kein Nachfolger folgt, der ohne Befragung des Reichstages von oben her eingesetzt worden ist. Mit anderen Worten: Die Annahme einer Mißbilligungsresolution gegen die Regierung muß entweder zum parlamentarischen Regime oder zu einer schweren Niederlage des Reichstags führen.

Es ist nicht schwer zu erraten, welche Art der Lösung uns Sozialdemokraten als die wünschenswerteste erscheint: der Regierung die verdiente Mißbilligung aussprechen, den Nachtragsetat in dritter Lesung ablehnen und erklären, daß künftig nur einer parlamentarischen Regierung Mittel bewilligt werden würden — das wäre ein klares Aktionsprogramm. Ob aber für ein solches Aktionsprogramm Zentrum und fortschrittliche Volkspartei heute schon zu haben sind, ist leider fraglich.

Herr Michaelis hat mitsamt seinem Herrn Helfferich abgewirtschaftet. Wird der Reichstag so schwach sein, die Sozialdemokratie zu verlassen, wenn sie daraus ihre Folgerungen zieht? Oder wird er endlich seine Rechte energisch wahren?

Von unserer Fraktion erwarten wir, daß sie ohne jede Rücksicht dem Mißtrauen Ausdruck gibt, das die Zweideutigkeit verdient. Wollen sich Zentrum oder Volkspartei mit neuen Halbheiten beschwichtigen lassen, dann können wirs nicht ändern, die Sozialdemokraten aber sollten dabei nicht mittun, auf keinen Fall!

* * *

Zur Friedensfrage

führte der Reichstagsabgeordnete Gothein auf dem Fortschrittlichen Parteitage folgendes aus: Die militärische Lage ist an allen Fronten günstig, die Hoffnung, die Gegner auf die Knie zu zwingen, bestehe trotzdem nicht, und die Verlängerung des Krieges erfordere auch bei uns enorme Blutopfer. Von dem U-Bootkrieg hätten weite Kreise bestimmt vorausgesagt daß er England spätestens im Juli auf die Knie zwingen würde. Sobald die Hälfte der für England verfügbaren Tonnage von 10 Millionen Tonnen versenkt sei, werde es gezwungen sein, um Frieden nachzusuchen. Jetzt seien schon 7 Millionen Tonnen versenkt, aber eine erhebliche Friedensneigung sei nicht zu bemerken, ja man sei noch nicht zur Rationierung der Lebensmittel gekommen. Zweifellos werde der U-Bootkrieg mit der Zeit England zum Frieden geneigt machen, aber wann lasse sich nicht berechnen. Auch könne Amerika Truppen, Material und Munition über den Stillen Ozean und die sibirischen Bahnen bringen, wo unsere U-Boote nicht hin könnten, und Amerika könne man nicht zum Frieden zwingen.

Wir führen den Krieg mit Bundesgenossen, und diese seien nicht geneigt, für deutsche Eroberungspläne den Krieg fortzusetzen. Sie erstrebten einen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden. Wir aber brauchen insbesondere das rumänische Getreide und Mineralöl. Das alldeutsche Geschrei nach Annexionen werde von den Bundesgenossen sehr übel aufgenommen.

Die Soldaten an der Front seien in ihrer erdrückenden Mehrzahl auch nicht geneigt, für Eroberungsziele irgendwelcher Art weiterzukämpfen, sondern lediglich für die Lebenssicherung Deutschlands, für die Friedensziele der Reichstagsresolution."

Für diese Resolution sprach sich der fortschrittliche Vertreitertag noch einmal ausdrücklich aus.

Kriegsprophezeiungen.

Bern, 7. Oktober. In einer Unterredung mit dem „Berner Tageblatt" wurde der in der Schweiz weilende Großindustrielle Dr. Ratenau gefragt:

„Was denken Sie über die Dauer des Krieges?" Er antwortete: „Da habe ich leider seit Ablehnung unseres zweiten Friedensangebots sehr wenig Hoffnung. Wir müssen weiter kämpfen und werden weiter kämpfen. Die ganze Welt wird in Not und Elend getaucht werden müssen, bis endlich die Völker sich regen und den Frieden erzwingen. Wir haben getan was wir tun konnten, es war umsonst. Frankreich hat die Parole Elsaß-Lothringen ausgegeben und wird daran verbluten. Dort kommt das Heil sicher nicht von der Regierung, einzig das Volk wird den Frieden erzwingen, indem eine jener in Frankreich üblichen plötzlichen Volkserhebungen eine Regierung nach der anderen wechselt, bis endlich ein Mann ans Ruder kommt, der den Willen des Volkes erfüllt und auf unsinnige Forderungen verzichtet. Aber es kann noch zwei oder drei Regierungen kosten, ehe es tagt."

Finnland Republik.

Helsingfors, 7. Oktober. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Folgende Gesetzentwürfe sind veröffentlicht worden: 1. Ein Entwurf, der Finnland zur Republik erklärt. 2. Ein Entwurf, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt. Beide werden einer Prüfung durch den Landtag unterzogen werden. Der zweite Entwurf wird überdies der Genehmigung der verfassunggebenden Versammlung Rußlands unterworfen werden. Das erste Gesetz besagt, die Gesetzgebung steht dem Landtag und dem Präsidenten der Republik zu, die Vollzugsgewalt dem Präsidenten unter Mitwirkung des Staatsrates. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Der Präsident tritt sein Amt am 28. April an. Das zweite Gesetz betreffend die Beziehungen zu Rußland besagt: Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, hat aber eigene Verfassung, eigene Regierung und unabhängige Gesetzgebung und Vollziehungsgewalt. Die Fragen Krieg und Frieden sind gemeinsam und verbindlich für beide Länder.

Zur Zeitungszensur.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Sonnabend einen Antrag Heine-Hoch an, der lautet:

Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als drei Tage erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote.

Dieser Antrag wird dem hinzugefügt, der Verbote nur mit Genehmigung des Reichskanzlers zuläßt.

* * *

Die Umwälzungen in Rußland.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Geheimsitzung des vorläufigen Parlaments teilte Tseretelli u. a. mit, daß bei Gelegenheit der Unterhandlungen von Vertretern der Demokratie, der Industriellen Moskaus und der Kadettenpartei mit der Regierung die Bewilligung der Forderung der demokratischen Abgeordneten bezüglich Einberufung einer Konferenz der Alliierten zwecks Revision der Verträge unter Teilnahme der Abgeordneten der Demokratie zugesagt worden sei. Die Formel über den Charakter des vorläufigen Parlaments und dessen Befugnisse wurde mit 109 Stimmen gegen 34 bei 22 Stimmenthaltungen angenommen.

Petersburg, 7. Oktober. Reuter meldet: Die Mitglieder der Regierung beriefen unter dem Vorsitz Kerenskis von Freitag 5 Uhr nachmittags bis Sonnabend 3 Uhr morgen mit Moskauer Industriellen, Abgeordneten der demokratischen Konferenz und Kadetten. Eine Verständigung über die Bildung einer Koalitionsregierung wurde erzielt.

Petersburg, 7. Oktober. Das Streikkomitee der Eisenbahner erklärte, wie die Blätter melden, daß der Ausstand nach und nach durchgeführt wird. Zuerst würden die Züge für weitere Entfernungen aufhören. Die Lokalzüge werden bis zum 10. Oktober verkehren.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am Nachmittag des 6. Oktober gab der Hauptausschuß der ausständigen Eisenbahner ein Rundtelegramm aus, durch das befohlen wird, auf allen Strecken am 7. Oktober um Mitternacht den allgemeinen Ausstand beginnen zu lassen. Das Telegramm teilt mit, daß jeglicher Personen- und Güterverkehr außer den Militär- und Proviantzügen eingestellt werden soll.

* * *

Der Heeresbericht vom Sonntag.

Großes Hauptquartier, 7. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenfällen und Wind blieb die Gefechtstätigkeit bei fast allen Armeen gering. In Flandern lag starkes Störungsfeuer, durchsetzt mit einzelnen heftigen Feuerstößen, auf dem Kampffelde zwischen Poelkapelle und Sandvoorde.

Vor Verdun lebte auf dem Ostufer der Maas die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Erkundungsgefechte riefen dort und in mehreren anderen Abschnitten vorübergehend eine Steigerung des beiderseitigen Feuers hervor.

Die Auswertung von Lichtbilderaufnahmen unserer Flieger bestätigt, daß unsere Bombenangriffe auf die Festung Dünkirchen starke Zerstörungen in mehreren Stadtvierteln, besonders an den Hafen-, Speicher- und Bahnanlagen verursacht haben. Empfindliche Hemmungen des englischen Nachschubes werden dadurch erreicht worden sein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront Prinz Leopold. Nordöstlich von Riga, bei Dünaburg und am Zbrucz bekämpften sich mehrfach die Artillerien lebhaft.

Heeresfront Erzherzog Joseph. In der Bukowina griffen die Russen unter Einsatz von Panzerkraftwagen unsere Stellungen bei St. Onufry und Waschloutz an. Der Feind wurde durch Feuer abgewiesen, aus Waschloutz durch Gegenstoß deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen vertrieben. Gefangene blieben in unserer Hand.

Bei der Heeresgruppe Mackensen lebte am unteren Sereth und bei Tulcea die Kampftätigkeit der Artillerien auf.

Mazedonische Front. Nichts Wesentliches.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

* * *

Berlin, 7. Oktober, abends. (Amtlich.)

In Flandern am Abend sich steigender Feuerkampf zwischen Langemarck und Zonnebeke.

An den übrigen Fronten nichts Wesentliches.

* * *

Englischer Heeresbericht.

Infanteriekämpfe von Bedeutung fanden am 5. Oktober an der Kampffront nicht statt. Unsere Truppen befestigten ihre Stellungen. Von der übrigen englischen Front ist nichts zu melden. Die Zahl der seit gestern neuen gefangenen Gefangenen beträgt jetzt [illegible] darunter 114 Offiziere.

Die kritische Sitzung des Reichstages.

Deutscher Reichstag.

132. Sitzung. Sonnabend, den 6. Oktober 1917.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, von Stein, Graf Roedern, Walraff, Schwander.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstag's betrieben wird? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesen Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?

Verbunden hiermit wird der Passus aus der zweiten sozialdemokratischen Interpellation:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht von den stellvertretenden Generalkommandos einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird? Was gedenkt er gegen diese Mißbräuche zu tun?

Die Interpellation begründet

Abg. Landsberg (Soz.):

Im Frieden ist als Grundsatz verkündet worden, daß das Heer dem Getriebe der politischen Parteien fern bleiben solle. Anscheinend ist dieser Grundsatz jetzt aufgegeben, allerdings nicht gänzlich. Ein Zirkular der Sozialdemokraten Groß-Berlins an die „Vorwärtsleser im Waffenrock" wurde verboten, ebenso eine Broschüre des Abg. Stücklen. Aber die Verbreitung von Bestrebungen, die der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, werden durch unzählige Kanäle ins Heer geleitet und zwar unter hervorragender Mitwirkung derselben Behörden, die stets die Notwendigkeit der politischen Jungfräulichkeit des Heeres betont haben. Die Politisierungsbestrebungen im Heer nehmen überhand seit dem 19. Juli, den ich als einen Ruhmestag des Reichstags betrachte. Zwischen den höheren Militärbehörden und der neu gegründeten Vaterlandspartei besteht

ein Zusammenwirken zur Bekämpfung eines Verständigungs-Friedens.

Man weiß, daß die neue Partei mit dem schönen Namen eine alldeutsche Gründung ist. Die Führer dieser Partei sind ja politische Gründer. Der alldeutsche Verband, der Wehrverein, der Flottenverein, der Kolonialverein, der Ostmarkenverein, die Unabhängigen Ausschüsse für einen deutschen Frieden, es sind immer dieselben Männer, nur die Firma wechselt. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wüßte man nicht, daß der Alldeutsche Verband hinter dieser Parteigründung steht, man würde es an der Anmaßung merken, die in ihrem Namen liegt. Er erinnert an die unangenehme Gepflogenheit, die vor dem Kriege geübt wurde, die Gegner der eigenen verstiegenen Ideen als vaterlandslos zu bezeichnen. Nach drei Jahren Weltkrieg, in denen das ganze Volk unerhörte Opfer gebracht hat, maßt sich eine Partei an, durch die Wahl der Firma zum Ausdruck zu bringen, daß bei ihr allein die Interessen des Vaterlands in sicherer Hut sind, und an ihrer Spitze stehen Männer

die bisher unter dem Kriege noch nicht zu leiden

gehabt haben. (Sehr richtig! links.) Sicherlich ist es nicht eine Partei von Kriegsinteressenten. (Widerspruch links.) Der Mangel an politischer Bildung — die Folge und Ursache unserer Verfassungszustände — gestattet nicht, an der Ehrlichkeit irgendeiner politischen Tätigkeit zu zweifeln. Zweifellos sind sehr viele Idealisten dieser Partei auf den Leim gegangen. Diese Fragen, sollen denn die Opfer des Krieges nutzlos gebracht sein. Welche Frage! Sie sind gebracht für die Rettung Deutschlands. Unsere Liebe zum Vaterland geht so weit, daß wir nicht Kurland und im Erzbecken von Longwy und Brie nachjagen wollen auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren. Wenn man auf den Bilderbogen jener Herren sieht, was Deutschland alles haben muß, um zu existieren, so wundert man sich, daß es uns vor dem Kriege doch so gut gegangen ist. Die Annexionisten sollten sich doch fragen, was wir mit den eroberten Ländern, gesetzt, wir könnten sie erobern, gewonnen hätten. Wir hätten dann ganz im Gegensatz zu den Tendenzen Bismarcks, auf beiden Seiten eine widerwillige fremdsprachige Bevölkerung, denn das Talent zu moralischen Eroberungen haben wir nicht. (Sehr richtig! links.) Wir vergessen immer die Kleinigkeit,

daß auch andere Völker eine Seele haben.

Auch sollten die Vaterlandsfreunde bedenken, daß wir uns in Zukunft nur erhalten können durch Sprengung der jetzt gegenüberstehenden Koalition, die Annexionen im Osten und Westen aber wären das beste Mittel zu ihrer Festigung.

Soviel zu den Idealisten in dieser Partei. Die leitenden Männer darin lassen sich zum Eintreten für die Verlängerung des Kriegs dadurch nicht abhalten, daß der Krieg ihnen Vorteile bringt. (Unruhe rechts.) Die Kriegsgewinne dieser Herren gestatten ihnen eine Zeitung nach der anderen zu kaufen, um so eine Atmosphäre in Deutschland zu erzeugen, in der der richtige Kriegsgewinnler sich erst wohl fühlt. Die Herren haben die Erfahrung gemacht, daß man mit Ellbogenstößen weiterkommt, als mit Zartheit des Gemüts, und diese Praxis übertragen sie ins politische Leben. Daher die ungeheure Reklame, daher aber auch die gelegentliche Drohung, keine Kriegsanleihe zeichnen zu wollen, wenn die Regierung nicht gewisse Erklärungen abgibt. (Hört, hört!)

Diese Männer rufe ich zur Scham auf!

(Lebh. Beifall links.) Mit der Gründung der Vaterlandspartei bezwecken sie ganz dasselbe wie mit dem Ankauf der Zeitungen, mit der Schaffung eines Millionenfonds zur Verfälschung des öffentlichen Geistes. (Zurufe rechts: Unerhört! Links: [illegible]) Die Vaterlandspartei versichert, sie wolle inneren [illegible]. Seit ihrem Bestehen aber hat sie noch nichts [illegible] begonnen als innere Zwiste! Der Krieg wird Not und Elend im Gefolge haben, wie er auch ausgehen mag. Die Herren stellen uns Kriegsziele auf, an die sie selbst nicht glauben, um hinterher die Parteien des Reichstages für alles Elend im Gefolge des Krieges verantwortlich zu machen. Das haben die liberalen Männer, die bei ihnen sind, noch nicht begriffen. Wir wollen schon im Krieg die Freiheit des deutschen Volkes vermehren, weil die Demokratie die Quelle der größten, gewaltigsten Kraft ist. (Lebh. Zustimmung links.) Das Zielbewußtsein nehmen die Konservativen in Anspruch, die Selbstbeschränkung gilt für die Liberalen. (Hil. u. Sehr gut!) Eine Flut von persönlichen Beschimpfungen hat sich aus den Kreisen dieser Partei über den Reichstag ergossen. Die Abgeordneten werden Feiglinge genannt, bezahlte Agenten des Auslandes. Diese Herren können eben nicht begreifen, daß man sich politisch für etwas anderes betätigt, als für Geld. Die „Deutsche Tageszeitung" das Blatt, auf dem das moralische [illegible] (Stürm. Unterbrechungen rechts, lebh. Zust. links.) [illegible] als die Hungerleider [illegible], daß einem erheblichen [illegible]

daß das deutsche Volk hungert.

(Stürm. Unterbrechungen rechts, Zurufe: Schamlos!) Nun, umsonst hat Herr v. Heydebrand im Abgeordnetenhaus nicht seine Mahnungen an seine Klassengenossen gerichtet. Wir wünschen selbstverständlich nicht, daß die Vaterlandspartei in ihrer Agitation eingeengt werde. Von den Alldeutschen gilt Bethmann-Hollwegs Wort, daß der Krieg ihren Mangel an Einsicht ins Groteske gesteigert hat. Den Kriegsverlängerern im Ausland könnte kein größerer Gefallen geschehen, als die Ernennung eines Parteigängers der Vaterlandspartei zum Reichskanzler. (Lebh. Zustimmung.) Ihre Bestrebungen sind nicht die des deutschen Volkes, das deutsche Volk will

die Atmosphäre des Hasses dieser drei Jahre bannen,

nicht zuletzt zum Wohle des Volkes selbst. Das deutsche Volk will dem Frieden die Bahn brechen. Die Vaterlandspartei lebt ausschließlich davon, daß unsere Feinde keinen Frieden der Verständigung schließen wollen. In dem Augenblick, wo das geschieht, gibt es keinen Reichskanzler, der sich nicht an den Verhandlungstisch setzt. Als Grund für die Stellung der Reichstagsmehrheit hat man die trostlose Lage Deutschlands bezeichnet. Das ist unerhört. Dadurch kann der Kriegseifer im Ausland nur wachsen. Um den Preis einer Verstümmelung, einer Vergewaltigung Deutschlands wollen wir den Frieden nicht. Aber das Joch, gegen das wir uns wehren, wollen wir auch andern nicht auferlegen. Die Auffassung, daß wir unbedingt eine Kriegsentschädigung haben müssen, nenne ich Mammonismus. Wir haben den Mut, dem Volke zu sagen, nach dem Kriege werden ihm schwere Zeiten beschieden sein, aber wir haben das Vertrauen zu seiner Kraft und seiner Arbeit, daß es das Elend überstehen wird. Wir haben gute Waffen im Kampfe gegen die Vaterlandspartei. Wir wünschen ihre Agitation nicht eingeschränkt, aber was wir uns verbitten, ist die Förderung dieser Agitation durch die Behörden. (Lebh. Zustimmung links.)

Aus allen Teilen Deutschlands dringen lebhafte Klagen herüber zu uns. In einer ganzen Reihe von Orten sind die Rathäuser Agitationsstätten der Vaterlandspartei geworden. (Hört, hört!) Kriminalbeamte agitieren für sie. Sie sollten sich lieber um die Kohlen und Lebensmittelversorgung kümmern! (Beifall links und im Zentrum.)

In Breslau

ist die Geschäftsstelle der Vaterlandspartei im Amtsgebäude der Provinzialverwaltung, in Potsdam im Gebäude der königlichen Regierung. (Hört, hört!) In Crossen hat ein Oberleutnant Berg agitiert. Als sich nur ein Drittel der Mannschaften meldete, nannte er die übrigen „traurige Gesellen". In Breslau lief ein Aufruf um, unterschrieben: „Postdirektor Linde nebst 78 Beamten." Dieses „nebst" ist wirklich reizend, soll man sich mehr wundern über die große Verschämtheit der 78 Beamten, oder über die Unverschämtheit des Vorgesetzten. (Heiterkeit.) Der Redner führt eine große Reihe von Beispielen an, die zeigen, daß Angestellte und auch

Soldaten von den Vorgesetzten bearbeitet werden

zum Eintritt in die Vaterlandspartei, daß Soldaten zum Besuch der Versammlungen gezwungen werden. Die stellvertretenden Generalkommandos verschaffen sich Redner für „aufklärende" Vorträge für den kommenden Herbst. In welchem Sinn diese Aufklärung beabsichtigt ist, zeigen die Erfahrungen. Das stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps sagt, die Redner brauchen ihre Vorträge nicht selbst auszuarbeiten, es stehen eine größere Reihe von Vorträgen zur Verfügung. Und zum Schluß heißt es bei dieser Verfügung: Die geplante Tätigkeit kann gegebenenfalls als vaterländischer Hilfsdienst betrachtet werden. (Große Unruhe links und im Zentrum. Rufe: Unerhört.) Es ist wirklich Zeit, daß wir aus der Stickluft des Belagerungszustandes herauskommen, er erzeugt eine Korruption, die das Schlimmste für die Zukunft erwarten läßt. (Zustimmung links.) Im Bereich des dritten Armeekorps sind Richtlinien für die Vorträge gegeben. Der Feind, dem diese ganze Aufklärungstätigkeit gilt, ist die Mehrheit des deutschen Reichstages. Wie in der Heimat, so wird auch an der Front verfahren. Man sagt immer, die Soldaten sollen ihre Wünsche zum Frieden aussprechen. Aber in den Versammlungen, zu deren Besuch sie gezwungen werden,

dürfen sie nichts sagen,

ihre Wünsche dürfen sie dort nicht äußern. An die Westfront hat man neulich Herrn Max Bewer zu Vorträgen berufen, der sich durch einen monarchischen Dithyrambus in Erinnerung gebracht hat. Er wollte wohl seine Sünden aus der Caprivizeit in Vergessenheit bringen. In seinen Vorträgen heißt es, das ewige Friedensgequatsche muß aufhören. Scheidemann und Erzberger sind politische Hungerleider, Bethmann-Hollweg ein unfähiger Staatsmann. Militärische Vorgesetzte haben das mit angehört, die Vortragsserie ist aber nicht abgebrochen, wohl aber ist dem „Vorwärts" verwehrt worden, den Vortrag abzudrucken. (Lebh. Hört, hört! Zuruf: Wer bezahlt diese Vorträge?) Ich weiß es nicht. Graf Posadowsky hat gestern angedeutet, man würde erschrecken, wenn man erfahren würde, für was für Zwecke das Geld des Reiches verpulvert wird. Ein Hauptmann erklärt in einem solchen Vortrag jeden für einen Vaterlandsverräter, der für eine Verständigung mit England eintritt, ein anderer wünscht, daß Erzberger und Scheidemann ins Zuchthaus kommen. Ein Regimentskommandeur spricht von

Scheidemann und den anderen Lümmeln.

Den Vogel abgeschossen hat ein Hauptmann vom Ersatzbataillon des 37. Infanterieregiments, der seinem Erstaunen Ausdruck gibt, daß sich noch niemand gefunden hat, der Scheidemann glatt über den Haufen geschossen habe. (Hört, hört.) Was mögen die Untergebenen solcher Männer unter ihrer Tyrannei zu leiden haben. Diese ganze sogenannte Aufklärungsorganisation ist von oben angeordnet. Diese Agitation hat nach dem 19. Juli einen gewaltigen Umfang angenommen. Sie richtet sich gegen den Gedanken, daß der Friede beherrscht sein muß von dem Grundsatz: keine gewaltsamen Gebietsabtretungen. Was bedeutet es demgegenüber, wenn es in einem Armeebefehl heißt, es soll keine Politik in die Armee getragen werden. Politik ist alles, was den Staat, sein Wesen, seine Verfassung, seine Beziehungen zu anderen Staaten betrifft. Gibt es etwas in höherem Sinn Politischeres als die Frage, bis zu welchem Ende ein Krieg geführt, zu welchen Bedingungen Friede geschlossen werden soll. Auch Flugblätter desselben politischen Inhalts werden als ein Teil des Aufklärungsdienstes verbreitet. Natürlich muß das verbitternd auf die Anhänger der Reichstagsmehrheit im Waffenrock wirken und Unzufriedenheit hervorrufen, die auch die militärische Leistungsfähigkeit mindern. Bewunderung erregen die ungeheuren Leistungen unserer Soldaten, die sie vollbracht haben, trotzdem jeder einzelne die Friedenssehnsucht im Herzen hat.

Wir wären kein Kulturvolk, wenn wir nicht alle das Ende dieser Qualen ohne gleichen herbeisehnen.

Auch der Soldat hat das innige Verlangen nach Frieden, die Annexionswut nimmt im Quadrat der Entfernung von der Front zu. Interessant ist, daß seit dem 19. Juli das Interesse der Soldaten an der sozialdemokratischen Presse gewaltig gewachsen ist. Diese Agitation ist nun geeignet, in dem Soldaten die Empfindung hervorzurufen, daß unter ihren Vorgesetzten Männer sind, die den Krieg über den Zweck der Verteidigung hinaus verlängern wollen. Darin erblicke ich eine ungeheure Gefahr. Das Heer muß wissen, daß es zur Erhaltung und Verteidigung des Landes kämpft und

nicht einen Tag länger zu kämpfen hat,

wenn Deutschland gesichert ist.

Der Kriegsminister wird sich zweifellos als Gegner dieser Agitation bekennen, aber sie wird mit seinem Wissen betrieben. Eine Broschüre, die er mit einem Geleitwort versehen hat, ist von der ersten bis zur letzten Zeile eine Polemik gegen den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli. (Hört, hört!) Die Politik der Reichstagsmehrheit ist auch die des Reichskanzlers und ich glaube nicht hinzufügen zu müssen: wie ich sie auffasse. (Heiterkeit.) Denn mit klaren Worten hat der Reichskanzler in seiner Antwort auf die Papstnote sich auf die Friedensentschließung des Reichstages bezogen. Er ist bisher ein unbeschriebenes Blatt, daher hat er die Vermutung der Redlichkeit für sich. Die Wirkung dieser Agitation aber könnte sein, daß man ihn der Zweideutigkeit zeiht. Seine Antwort auf die Papstnote war gute Arbeit. Möge das Schwert nicht verderben, was hier die Feder gutgemacht hat. Der Reichskanzler hat von der Homogenität der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung gesprochen. Will er damit diese Agitation im Heere in Einklang bringen? Er hat weiter gesagt, er lasse sich die Führung nicht aus der Hand nehmen. Wir geben ihm Gelegenheit zu diesem Worte zu stehen, er kann und muß beweisen, daß er führen will und führen kann. Dessen mag er gewiß sein: Von seiner Stellungnahme wird für das Wohl des Reiches unendlich viel abhängen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Kriegsminister von Stein:

Einer Reihe von Voraussetzungen des Vorredners kann ich nicht zustimmen. Ich beschränke mich auf das, was das Heer angeht. Eine Agitation zu politischen Zwecken wird weder von mir, noch von der Heeresleitung in der Armee geduldet. (Lachen links.) Es hat schon große Mühe gekostet, die paar unbedeutenden Beispiele zusammenzusuchen. (Große andauernde Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.) Eine Aufklärung in der Armee hat von Anfang an stattgefunden und findet noch statt. Sie bewegt sich aber in ganz anderen Richtungen und Zielen. Als die Wogen der Begeisterung zu Beginn des Krieges hoch gingen, konnten wir uns auf das beschränken, was vom Feinde zu sagen war. Als aber der frische Bewegungskrieg zum Stehen kam und als auch die Last in der Heimat größer und schwerer wurde, mußte die Aufklärung sich weitere Ziele stecken. Die Lügen des Feindes waren um den ganzen Erdball gelaufen, durch die er uns die Schuld am Kriege zuschieben wollte. Der Soldat mußte aufgeklärt werden über die Ursachen des Krieges, aber auch über die Folgen eines verlorenen Krieges. Die Verhältnisse in der Heimat, die er im Urlaub wiedersah, mußten ihm klargelegt werden, sonst hätte er sein Land gar nicht verstanden. Alles, was zu seinem Besten geschehen konnte und mußte, sollte und mußte er wissen, er mußte unterrichtet werden über die Versorgungsansprüche seiner Familie, über seine eigenen Ansprüche nach dem Kriege. Aber noch mehr: Unsere Armee hungerte nach geistiger Nahrung (Rufe links: Nach Brot!) und die ist ihr im reichen Maße zuteil geworden. Die bekanntesten Vertreter von Wissenschaft, Kunst und allen möglichen Gebieten haben sich freiwillig in diesen Dienst gestellt. Die oberste Heeresleitung hat nach Anhörung aller der Männer, die bei den einzelnen Gruppen zu diesen Zwecken herangezogen wurden, selbst allgemeine Richtlinien herausgegeben. Ueberall wurden dieselben Mittel verwendet, Vorträge, Musik, Theater, Kino, Druckschriften und Heereszeitungen. In den Richtlinien ist nicht ein Wort von Politik zu finden. (Lachen links.) Nun verhehle ich mir nicht, daß viele impulsive Naturen die Grenze überschritten haben. Dagegen ist sofort eingeschritten worden. Ich kann dem Abg. Naumann nur dankbar sein, daß er in einem Artikel auf das ganz Natürliche und Unwesentliche derartiger Entgleisungen hingewiesen hat. Es ist ganz klar, daß ein braver, aufrechter Soldat impulsiv vielleicht keine Rücksicht nimmt auf andere Dinge, am wenigsten auf Politik; er wird sehr offenherzig seine Ansicht äußern, besonders wenn er neben sich und um sich eine ganz andere Agitation sieht. Vor kurzem hat der Feldmarschall von Hindenburg in unzweideutigen Worten ein Lügengewebe zerstört, das sich um seine Person gewoben hat. Jetzt gehen andere Dinge um, die seine Worte abschwächen sollen. Es wird verbreitet, es beständen weitgehende Differenzen zwischen ihm und Ludendorff. (Unruhe links: Das ist keine Antwort auf die Interpellation. Glocke des Präsidenten.) Auch diese Lüge hat kurze Beine. Es gibt im Deutschen Reiche nicht zwei Leute, die so in ihren Ueberzeugungen eins sind wie Hindenburg und Ludendorff. (Erneute Unruhe und Zurufe: Antworten Sie auf die Interpellation!) Vor wenigen Tagen kam mir ein Blatt „An die deutschen Frauen" zu Händen, worin unsere alten toten Helden aus dem deutsch-französischen Kriege mit Schmutz beworfen werden. (Pfui! rechts.) Die Führer des jetzigen Krieges werden darin verdächtigt, als ob sie persönliche Interessen an der Fortführung des Krieges hätten. (Unruhe links. Zurufe: Wir wollen das Flugblatt sehen, wer hat es herausgegeben?) Das feindliche Ausland sucht Zwiespalt und Schwanken in unserem Volke hervorzurufen, wie seit Jahrhunderten, wenn wir mit Waffengewalt nicht bezwungen werden konnten. (Erregte Zurufe links. Abg. Schöpflin wird zur Ordnung gerufen.) Die Aufklärung im Heere draußen ist notwendig, ebenso aber auch in der Heimat, denn das Heimatheer steht in viel innigerer Berührung mit dem Volke. Wo Mißgriffe vorgekommen sind, ist dagegen eingeschritten worden. Es wurde die Broschüre mit meinem Vorwort erwähnt. Ich möchte doch bitten, lesen Sie die Broschüre mal genau durch. Die Kriegsziele zu behandeln, schließt der Verfasser ausdrücklich aus. (Hört, hört! rechts.) Unsere Feinde haben auch eine derartige aufklärende Tätigkeit in ihren Heeren besorgt. Der Redner verweist auf eine Verfügung des Generals Petain vom Juni d. J. Ich kann es den Franzosen auch nicht verdenken, wenn sie den Siegeswillen in ihrer Armee aufrecht erhalten wollen. Bei uns wird dasselbe Ziel erstrebt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Aufklärungstätigkeit von vielen unteren Stellen nicht richtig gehandhabt worden ist. Ihr Zweck ist allein, in unserer Armee den Geist zu erhalten, mit dem sie in den Feldzug eingetreten ist. (Bravo! rechts.) Eine Armee, der der Siegeswille und die Siegeszuversicht fehlt, ist ein unbrauchbares Instrument. (Sehr richtig! rechts.) Man kann sie beiseite legen und dem Feind das Uebrige überlassen. (Lachen links.) Da wir das aber nicht wollen und Sie alle es auch nicht wollen, so werden wir eben diese Aufklärung in dem Sinne in unserer Armee fortsetzen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich habe den Ausführungen des Kriegsministers nur wenig hinzuzufügen. (Hört, hört! links.) Es steht nur die Interpellation über die Agitation im Heere auf der Tagesordnung, und diese Frage hat nach meiner Ansicht der Kriegsminister beantwortet. (Rufe links: Nein! Nein!) Dann gehen unsere Ansichten auseinander. (Lebhafte Zustimmung links.) Bitte, warten Sie ab, was ich zu sagen habe, ehe Sie mir mit so lauter Kritik ins Wort fallen. Der Reichskanzler ist sich mit dem Kriegsminister und allen militärischen Stellen darüber einig, daß die Politik nicht in die Armee hineingetragen werden darf. Das will niemand, weder von rechts, noch von links, das unterstreiche ich. Damit ist der Rahmen für die Aufklärungstätigkeit, von der der Kriegsminister [illegible]. Ich gebe zu, daß die Grenze flüssig ist. Die

Gegenstände berühren sich, es wird von dem Urteil und dem Takt derjenigen, die die Aufklärung ausüben, abhängen, die Grenze inne zu halten, und es wird von den vorgesetzten Stellen abhängen, dafür zu sorgen, daß gegen Mißbräuche vorgegangen wird. Daß das geschieht und geschehen soll, hat der Kriegsminister zugesagt.

Dann ein Wort zu einem Punkt, der das Gebiet unserer zivilen Verwaltung berührt. Ich habe den Begründer der Interpellation nicht dahin verstanden, daß er den Beamten die freie politische Gesinnung und Betätigung bestreiten will, das würde auch durchaus im Widerspruch zu den Traditionen seiner Partei liegen. Den Beamten muß es freistehen, innerhalb der Grenzen, die ihnen durch ihren Treueid und ihre Beamtenpflicht auferlegt sind, ihre politische Gesinnung zu betätigen. Eine Grenze ist gezogen — und auch hier spreche ich im Namen des Reichskanzlers —: ein Beamter darf seine amtliche Stellung nicht dahin mißbrauchen, daß er auf Personen, die ihm unterstellt sind, oder von ihm abhängig sind oder sich von ihm abhängig fühlen, einen Druck in politischer Beziehung ausübt. (Bravo!) Ich gebe zu, daß hier und da ein solcher Verstoß vorkommen mag. (Zuruf links: Hier und da?!) Lassen Sie mich doch aussprechen. Wir haben vorhin mit großer Ruhe und Geduld die Ausführungen des Abg. Landsberg angehört. (Unruhe links.) Wenn jeder hier selbst das Wort ergreift, wenn ihm etwas nicht gefällt, kann ich nicht sprechen. In dem Umfange, wie Herr Landsberg anführte, sind Mißbräuche zweifellos nicht vorgekommen. An der Behauptung, daß im Potsdamer Regierungsgebäude ein Bureau der Deutschen Vaterlandspartei errichtet sei, ist zum Beispiel, wie ich mich telephonisch erkundigt habe, kein wahres Wort. (Hört, hört! rechts.) Der Abg. Landsberg hat an den Reichskanzler einen starken Appell gerichtet, auszusprechen, wie er zur Vaterlandspartei stehe. Nach dem Wortlaut der Interpellation lag für den Reichskanzler, der gewiß mit wichtigen Geschäften überladen wird, kein Anlaß vor, die Interpellation selbst zu beantworten. (Lebhafter Widerspruch links.) Wenn Sie aus der Interpellation eine große politische Debatte machen wollen, ist das ein anderer Fall, aber die große Debatte stand nicht auf der Tagesordnung. Um auf das, was auf der Tagesordnung stand, die Antwort zu erteilen, bin ich Manns genug. (Heiterkeit.) Die Stellung des Reichskanzlers zu den Kriegszielen ist ein Teil der großen Debatte im Laufe der nächsten Woche. Also warten Sie ab, bis die Debatte kommt, der Reichskanzler wird dann seine Sache vertreten. Aus den Worten des Herrn Landsberg klang aber noch die Forderung, der Reichskanzler möge gegen die Vaterlandspartei einen Bannstrahl erlassen. (Rufe links: Nein! Nein!) Dann brauche ich darüber kein Wort mehr zu sagen und stelle fest, daß ein solcher Wunsch nicht ausgesprochen worden ist. Ich glaube auch, was ich gesagt habe, kann Sie beruhigen. (Lebhafter Widerspruch links.) Wenn Sie zu den Männern, die an der Spitze der Heeresverwaltung und der Reichsleitung stehen, allerdings nicht Vertrauen haben (Lebhafte Zurufe links: Nein, nein! Das haben wir nicht!), so hat es keinen Zweck, daß ich hier noch ein Wort sage.

Auf Antrag des Abg. Ebert wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Abg. Trimborn (Zentr.)

Der Herr Kriegsminister meinte, es wäre nicht allzuviel Material für die Interpellation vorgebracht. Ich finde, daß eine Fülle solchen Materials vorgelegt worden ist. (Sehr wahr!) Daß Mißbräuche vorgekommen sind, hat er zugegeben. Auch an uns sind zahlreiche Nachrichten über Begünstigung alldeutscher Propaganda durch militärische Instanzen gelangt. (Hört, hört!) Nach unserer Auffassung hat im Heere jede amtliche Agitation für irgend eine Partei zu unterbleiben. Das wird zur Politisierung der Armee führen und das wäre das größte Unglück für die Armee, für das Vaterland und die Monarchie. Das beweist das Beispiel Rußlands. Nur gegen eine Agitation, die die Untergrabung der Disziplin zum Ziele hat, müßte von der Heeresleitung aufs energischste vorgegangen werden. Eine politische Agitation darf aber auch nicht aus der Armee heraus ins Volk getragen werden,

wie das vielfach durch gewisse Telegramme geschehen ist.

(Sehr wahr!) Hindenburg gehört dem ganzen Volke, keiner einzelnen Partei. (Lebh. Beifall im Zentr. u. links.) Jede Aufklärung im Heere, von der der Kriegsminister sprach, muß sich fern halten von Politik, insbesondere von polemischer Politik. Auch bei der geistigen Aufklärung im Heere muß strengste Neutralität gegenüber allen Parteien gewahrt werden. In den Richtlinien für die geistige Aufklärung muß klar und deutlich die Politik ausgeschlossen werden. Es wäre erwünscht, wenn diese Richtlinien veröffentlicht würden. Die „impulsiven" Naturen, von denen der Kriegsminister sprach, scheinen sehr zahlreich in der Armee zu sein. (Sehr gut!) Von einer Meinungsdifferenz zwischen Hindenburg und Ludendorff habe ich noch nie etwas gehört. Im übrigen möchte ich nicht, daß durch das Eingehen auf die Stellung Hindenburgs die ganze Debatte verschoben wird. (Sehr gut!) Bezüglich der zivilen Behörden liegt in dieser Beziehung so viel Material vor, daß demgegenüber kräftigere, entschiedenere Worte nötig wären, als wir sie von Herrn Helfferich gehört haben. (Lebh. Zust.) Schon der Name „Vaterlandspartei" muß verletzend auf andere Parteien wirken. (Sehr richtig!) Der Herzog Albrecht von Mecklenburg hat in der neulichen Versammlung der Vaterlandspartei in Berlin von Parteien gesprochen, die wissentlich oder unwissentlich die vaterländischen Interessen hinter ihren internationalen Zielen zurückstellten. Ich will nicht annehmen, daß er damit direkt auf die Sozialdemokratie und das Zentrum hat hinweisen wollen, das wäre eine zu große Dummheit gewesen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Aber die Wirkung ist die, daß jetzt das Gerede von der roten und schwarzen Internationale wieder ertönt. Daß eine solche Agitation von der Regierung unterstützt wird, müssen wir uns verbitten. (Bravo! i. Zentr. u. links.) Die Vaterlandspartei ist ausdrücklich zur Bekämpfung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli gegründet worden, die für Verständigung und dauernde Versöhnung der Völker eintritt, so wie das Graf Czernin jetzt so meisterhaft geschildert hat. Die Vaterlandspartei ist einfach eine Oppositionspartei gegen die Regierung und ihre amtliche Unterstützung muß die Regierung als zwiespältig erscheinen lassen, (Sehr wahr!), was wahrhaftig ihre Autorität nicht stützen kann, (Sehr richtig!), weder im Inland noch im Ausland. Ich bin von meinen Freunden einstimmig beauftragt zu erklären, daß sämtliche Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags es ablehnen, der Vaterlandspartei beizutreten. Das Gebot der Stunde ist nicht Spaltung sondern Einigung. (Bravo!) Die Grundlage ist gegeben in der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters und wir stellen uns einmütig auf diesen Boden, weil wir hoffen, so einen Frieden zu erreichen, wie ihn unser Volk erwartet. (Lebh. Beifall i. Zentr. u. links.)

Abg. Dr. Thoma (natl.):

Wir stehen der Vaterlandspartei ruhig, objektiv und neutral gegenüber. Wir sind sachlich und historisch mindestens so sehr Vaterlandspartei, wie irgend eine andere Partei. In den rein vaterländischen Zielen wissen wir uns einig mit dem, was die Vaterlandspartei erstrebt. Jeder gute Deutsche muß diese Ziele selbstverständlich unterstreichen. Das ist mit der einzige Grund, weshalb so viele Nationalliberale der deutschen Vaterlandspartei (Zuruf: Hereingefallen sind! Heiterkeit) beigetreten sind. Sie ist eine Organisation des Protestes dagegen, nicht daß, sondern wie der Friede bisher angestrebt worden ist. (Unruhe bei den Soz.) Aber nur zur Erreichung rein vaterländischer Ziele [illegible] zielen. Daß das nicht der Fall ist, beweist ihre letzte Kundgebung, wonach sie mit unserer Politik nichts zu tun haben will. Ich gebe zu, daß schon die Bezeichnung als Partei ein Mißgriff gewesen ist. Im übrigen mißbilligen wir jede amtliche Begünstigung irgend einer Partei und sind uns einig mit den Interpellationen und dem Vorredner, daß Abhilfe hier dringend nottut und energischer hätte zugesagt werden müssen. (Bravo!) Das Recht der Kommandobehörden allerdings, den Siegeswillen der Truppen durch aufklärende Vorträge ꝛc. zu erhalten, muß gewahrt bleiben. Das muß aber taktvoll und mit Vorsicht geschehen. Die Politik wird dabei nicht immer ganz aus dem Spiele bleiben können, auf jeden Fall aber muß jede Parteipolitik dabei vermieden werden. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. v. Graefe (Kons.):

Es ist bisher nicht nachgewiesen, daß die Aufklärung der Regierung irgendwie parteipolitisch einseitig gewesen ist. Welche Partei ist denn durch diese Aufklärung bevorzugt worden. (Zuruf: die Alldeutschen!) Ja, was sind denn die Alldeutschen? Jeder, welcher Partei er auch angehört, wird von Ihnen als „alldeutsch" verfolgt, sobald er ein starkes nationales Deutschtum vertritt. (Lachen links). Ich erinnere an den Abg. Traub, Bügermeister Körte usw., selbst Sozialdemokraten haben sich gegen den annexionslosen, entschädigungslosen Frieden, gegen den sogenannten Verzichtfrieden erklärt. Als schlimmsten Alldeutschen müßten Sie (zu den Sozialdemokraten) Lassalle verurteilen, der anerkannt hat, daß in der Wirklichkeit in der Politik Macht vor Recht geht, solange nicht das Reich auch seinerseits hinreichend Macht hinter sich gesammelt hat. — Das Wort „Partei" gebe ich gern frei, es mag ungeschickt gewählt sein, aber die Hauptsache ist doch das Programm dieser Gründung und das geht hin, solange Hannibal vor den Toren steht, für Aufrechterhaltung eines siegesfrohen Willens im Volke zu wirken. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Es mögen formale Ungeschicklichkeiten von Beamten begangen sein, aber darin die Hauptsache zu sehen, beweist kleinlichen Formalismus. In ihrem Bestreben, objektiv zu sein, geht mir die Regierung sogar zu weit, wenn sie zum Beispiel auch die Broschüre des Abgeordneten Dr. David, die seine Stockholmer Rede enthält, offiziell an die Front verschickt, während sie am Schlusse eine energische Propaganda für den Verzichtfrieden enthält. Auch der „Vorwärts" mit dem Artikel Dr. Davids, der die schwersten Angriffe gegen die Vaterlandspartei enthält, geht ungehindert an die Front. (Zuruf: Wird das amtlich verbreitet?) Ich verstehe Ihre Mißstimmung gegen die Vaterlandspartei. Sie fürchten und auch mit Recht, daß in dieser Bewegung eine Reaktion einsetzt (Lebhaftes Sehr richtig! links) — eine Volksbewegung einsetzt gegen den Volksbetrug, der durch eine nichtdeutsche Presse hervorgerufen wird, die genau so mit verlogenen Schlagworten operiert, wie die Northcliffe-Presse. Das Ansehen des Reichstages wird nicht gefördert durch Resolutionen, bei denen jeder die Einschränkung machen muß, „wie ich sie auffasse". (Heiterkeit rechts.) Die Vaterlandspartei ist aus dem Volke hervorgewachsen und diese Bewegung will man unterdrücken. Aber nach dem erfreulichen Auftreten des Kriegsministers wird die Regierung das Volk hinter sich haben und die siegfreudige Stimmung vom 4. August wird wieder lebendig werden und das deutsche Volk wird einen glücklichen, siegreichen Frieden erringen. (Beifall rechts.)

Abg. Haas (Vp):

Gegenüber der Fülle von Material, das der Abg. Landsberg vorgebracht hat, sagt der Kriegsminister einfach: Ach was, das sind ein paar zusammengesuchte Fälle, ohne jedes Wort der Ablehnung dieser Agitation. Da muß sich im Hause Mißtrauen zeigen. Freilich, der Kriegsminister ist ein sehr unpolitischer Mann, er schreibt eine Einleitung zu einem Buch gegen den Verständigungsfrieden in demselben Augenblick, in dem der Reichskanzler hier eine Erklärung für den Frieden abgibt. (Hört, hört! links.) Gegen die alldeutsche Agitation protestieren wir nicht im Interesse unserer Partei, sondern im Interesse des deutschen Vaterlandes. Die Vaterlandspartei und auch Herr v. Graefe spielen mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung. Da würden die Herren etwas erleben, wenn Sozialdemokraten und Zentrum gemeinsam in den Wahlkampf eintreten würden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir protestieren gegen die Zulassung der alldeutschen Agitation im Heere und verlangen Klarheit vom Reichskanzler, wie er dazu steht. Die alldeutsche Agitation läßt die vergiftenden Methoden aus der Zeit vor dem Kriege wieder aufleben, wo man von den Sozialdemokraten als von vaterlandslosen Gesellen sprach. Die Zukunft wird demokratisch sein, und die Regierung sollte auf dem Wege dazu führen und nicht sich drängen lassen. Unsere Soldaten müssen wissen, daß sie nicht für [illegible]

daß wir bereit sind zum Frieden ohne Eroberungen.

Sind die Feinde nicht zum bereit, so werden unsere Leute noch jahrelang im Kampfe ausharren, nicht aber für überspannte Eroberungsziele. Die Aufstellung der Vertrauensleute bei jeder Kompagnie, die jedes Wort der Leute dem Hauptmann hinterbringen sollen, muß jede Kameradschaftlichkeit untergraben. (Lebh. Zustimmung links.) Die frivole Kriegshetze der Alldeutschen verbreitet von dem deutschen Volke im Ausland ein vollständig falsches Bild. Die maßlose Agitation der Alldeutschen schädigt auch den Frieden im Innern, den wir brauchen, wo der Feind vor den Toren steht. (Lebhafter Beifall links.)

Es läuft ein Antrag Haase und Genossen (U. Soz.) ein. Der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstages.

Abg. Werner-Gießen (Dt. Fr.): Der Alldeutsche Verband wird durch die heutige Debatte tausende von Mitgliedern gewinnen. (Lachen links.) Die Vaterlandspartei will keine Partei sein, sondern alle Nationalgesinnten in Deutschland um ihre Fahne scharen. Mit Hindenburg im Felde, mit Tirpitz in der inneren Politik werden wir den Frieden erringen, den das deutsche Volk braucht. (Beifall rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Abg. Landsberg (Sozialdemokrat) stellt in persönlicher Bemerkung dem Kriegsminister gegenüber fest, daß nach einer ihm gewordenen Information im Regierungsgebäude in Potsdam, Zimmer 222, in der Tat sich eine Geschäftsstelle der Vaterlandspartei befindet. (Hört, hört! links.)

Präsident Dr. Kaempf: Die nächste Sitzung ist abzuhalten Montag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Fortsetzung der eben abgebrochenen Debatte, Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht in Verbindung mit den Fragen der Schutzhaft, des Belagerungszustandes und der Zensur.

Abg. Graf Westarp (kons.): Es entspricht nicht dem Brauch des Hauses, wenn eine Interpellationsdebatte abgebrochen ist, die Fortsetzung auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Ich sehe keinen Grund, diesmal anders zu verfahren.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Die Behauptung entspricht nicht den Tatsachen.

Abg. Pauche (natl.) lehnt ebenfalls die Auffassung des Abg. Graf Westarp ab.

Abg. Graf Westarp (kons.): Ich würde es begrüßen, wenn im Interesse der Stimmung im Lande diese Sache nicht nochmal verhandelt wird.

Der Antrag des Grafen Westarp, die Fortsetzung der heutigen Besprechung von der Tagesordnung abzusetzen, wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Der deutsche Bericht vom Sonnabend.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt.)

Großes Hauptquartier, 6. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Kampfgelände der flandrischen Front verstärkte sich das tagsüber lästige Störungsfeuer am Abend zu einzelnen Trommelfeuerwellen zwischen Poelkapelle und Gheluvelt.

Englische Angriffe erfolgten nicht; vorstoßende Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons nahm abends die Artillerietätigkeit an Stärke und Planmäßigkeit zu. Nordöstlich von Reims scheiterte ein französischer Vorstoß.

Auf beiden Maasufern brachen unsere Sturmtrupps bei Malancourt, Bethincourt, Forges, Samogneux und Bezonvaux in die feindlichen Stellungen ein und kehrten überall mit Gefangenen zurück.

Stürmische Witterung schränkte die Fliegertätigkeit ein; fünf feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Leutnant Mueller errang den 29. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Mehrfach bekämpften sich die Artillerien lebhafter als sonst. Oestlich des Dojran-Sees wurde der Angriff eines englischen Bataillons durch die bulgarischen Sicherungen abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Oktober. (Amtlich.)

Im Gabriele-Abschnitt ist ein in den Abendstunden angesetzter italienischer Angriff zusammengebrochen.

* * *

Wien, 7. Oktober. (Amtlich.)

Bei Sereth in der Bukowina griff der Feind gestern nach starker Artillerievorbereitung an. Er wurde bei St Onufry durch Feuer abgewiesen, bei Waschkoutz von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen im Gegenstoß geworfen.

Im Gabriele-Abschnitt beschränkten sich die Italiener gestern auf Teilvorstöße. Diese blieben erfolglos. Auf der Costabella holten Hochgebirgsabteilungen 21 Versaglieri aus den feindlichen Gräben.

Kleine Kriegsnachrichten.

17000 Tonnen versenkt. Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 17000 Bruttoregister-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Santharen" mit 4000 Tonnen Gaskoks für Archangelsk und der englische Dampfer „St. Margareth". Von dem bewaffneten englischen Dampfer „Santharen" wurden der Kapitän und der Erste Offizier gefangen genommen.

Peru bricht ab. Reuter meldet aus Newyork: Ein Telegramm aus Lima teilt mit, daß der peruanische Kongreß fast einstimmig beschlossen hat, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen. An Berliner amtlicher Stelle ist, wie die Telegraphen-Union erfährt, bisher keine Bestätigung dieser Nachricht eingetroffen.

Die Wahlen in Finnland. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Das Ergebnis der Landtagswahlen am Ende des dritten Wahltages ist: Sozialdemokraten 45,7 Prozent, alle bürgerlichen Parteien zusammen 54,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Ein italienisches Flugzeug verbrannt. Die „Marburger Zeitung" meldet: Mittwoch abend wurde am Drau-Ufer bei Obertäubling ein großes italienisches Flugzeug mit drei Propellern verbrannt aufgefunden. Ob es brennend niedergestürzt oder erst nach dem Absturz in Brand geriet, ist noch unbekannt. Von den Insassen des Flugzeuges weiß man noch nichts.

Der französische Deputierte Turmel, der in die Skandalaffaire verwickelt ist, wurde am Sonntag morgen verhaftet.

Zur Kabinettskrise in Schweden wird dem „Vorwärts" berichtet, die schwedische Arbeiterpartei habe beschlossen, den Eintritt in ein Koalitionsministerium abzulehnen, da die Rechte keine genügende Bürgschaft für die Durchführung der Verfassungsreform gebe.

Zur Einigung zwischen Deutschland und Holland in der Frage der Kohlenversorgung teilt ein Blatt im Haag mit, es sei einstweilen über den Kredit, den Holland Deutschland zur Verfügung zu stellen habe, eine Einigung erzielt worden. Ueber die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland sei noch nichts Endgiltiges bestimmt. Die deutschen Vertreter Melchior und von Gneist gingen am Dienstag nach Berlin, um den Vertrag von der deutschen Regierung unterzeichnen zu lassen.

Zwischen Deutschland und Holland ist es zu einem neuen diplomatischen Zwischenfall gekommen, weil die Holländer zwei deutsche Seeflugzeuge beschossen, die in der Nähe der Küste eine Notlandung vornehmen mußten und von denen eins durch widrige Winde in holländische Hoheitsgewässer getrieben wurde. Dasselbe ist interniert worden, der Vorfall selbst wird untersucht.

Auf dem französischen Sozialistenkongreß kamen zunächst nur die Ministerialsozialisten Compere-Moree und Sembat sowie der Zimmerwälder Rappaport zu Wort. Die beiden ersten traten für besinnungsloses Durchhalten und Weiterkriegen bis zum Siege ein, Rappaport dagegen für Kreditverweigerung. Die zur Mehrheit gewordene Minderheit wird erst später zu Wort kommen und das amtliche Telegraphenbureau wird sich nicht so beeilen, ihre Reden zu verbreiten.

Eine Besprechung über Elsaß-Lothringen. Offiziös wird gemeldet: Die Reichstagsabgeordneten Boehle (Soz.), Dittmann (Unabh. Soz.), Hauß (Ell.), Fehrenbach (Z.), Peirotes (Soz.), Waldstein (Vpt.) und Wendel (Soz.) hatten mit Oberst von Wriesberg und einem anderen Vertreter des Kriegsministeriums eine ausführliche Besprechung über elsaß-lothringische Angelegenheiten (Schutzhaft, Praxis des Reichsmilitärgerichts, französische Sprache, Urlaubssachen).

Besuch bei Hindenburg. Am 4. Oktober wurden Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der Angestelltenverbände von Generalfeldmarschall von Hindenburg empfangen. Weitere Empfänge sind für die nächste Woche in Aussicht genommen.

An die erste kurländische Landesversammlung hat der Kaiser telegraphiert: „Ich vernehme mit Freude, daß Vertreter Kurlands sich versammelt haben, um über die Zukunft ihrer Heimat zu beraten. Möge ihre Arbeit dazu führen, daß das schwer geprüfte Land die Schrecken des Krieges bald überwinden und unter einer geordneten Verwaltung in freier Entwickelung wieder zu seiner alten Blüte emporsteigt."

Bei den Wahlen zum [illegible] Landtag wurden ab[illegible]

Familiennachrichten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Liste 17.

Als weitere Opfer des Weltkrieges sind im III. Quartal wiederum 10 Kollegen gemeldet worden. Einer traurigen Pflicht nachkommend, geben wir unseren Mitgliedern davon Kenntnis.

August Buchwitz
Speditionskutscher

Max Frenzel
Geschäftskutscher

Wilhelm Gabriel
Droschkenkutscher

Oskar Göldner
Hausdiener

Paul Gruttke
Selterkutscher

Richard Hoffmann
Hausdiener

Paul Hoffmann
Arbeiter

Alfred Pantke
Hausdiener

Hermann Reeder
Arbeiter

Max Wolf
Hausdiener.

Ein ehrendes Andenken werden ihnen steis bewahren 6184

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Amtliche Anzeigen.

Abgabe von Kartoffeln.

Für die Woche vom 8. bis 14. Oktober 1917 werden ausgegeben:

auf die Kartoffelmarken	Nr. 105 und 106	je 3	Pfd.	Kartoffeln
" " graue Kartoffelzusatzmarke	" Z 59	2	"	"
" " grüne Kartoffelzusatzmarke	" Z 59	3	"	"
als Sonderzuweisung auf die Lebensmittelmarke	" 22	2	"	"
auf die braune Nährmittelmarke	" 38	2	"	"

Die Lebensmittelmarke Nr. 22 darf erst vom 10. Oktober 1917 ab eingelöst werden.

Breslau, am 5. Oktober 1917.

Stadtkartoffelstelle.
Dr. Friedel. 6220

Verteilung des Wildbrets.

VI. ~~Ausführungsanweisung zu der Anordnung betreffend~~ **Regelung der Fleischversorgung vom 22. September 1916.**

Auf Grund des § 33 der Anordnung betreffend Regelung der Fleischversorgung vom 22. September 1916 wird folgende VI. Ausführungsanweisung erlassen:

§ 1.

Als Empfangsstelle für das Wild, das nach der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1917 (Reichsgesetzblatt S. 607) von den Abnahmestellen der zur Belieferung der Stadt Breslau bestimmten Landkreise überwiesen wird, wird die „Wildverteilungsstelle Breslau" (Oderstraße 2) errichtet. Sie ist zugleich vom Landkreise Breslau als Abnahmestelle für das von den Jagdberechtigten des Landkreises Breslau abzuliefernde Wild bestimmt worden. 6208

§ 2.

Der „Wildverteilungsstelle Breslau" liegen ob:

a) die Empfangnahme des für die Stadt Breslau bestimmten Wildes von den Abnahmestellen der die Stadt Breslau beliefernden Landkreise sowie von den Jagdberechtigten des Landkreises Breslau,
b) die Verteilung des auf die Stadt Breslau entfallenden Wildes an die Kleinhändler,
c) die Abgabe des auf den Landkreis Breslau entfallenden Wildes an die Einwohner des Landkreises, die sich als solche ausweisen.

§ 3.

Bei der Verteilung nach § 2b dürfen berücksichtigt werden:

a) die Wild- und Geflügelhändler,
b) die Feinkosthändler,
c) die Fleischer, die zugleich Wildhändler sind, soweit sie den Voraussetzungen der Ziffer 11 der ministeriellen Ausführungsanweisung vom 10. September 1917 entsprechen und in den Jahren seit dem 1. August 1914 ~~durchschnittlich jährlich mindestens 100 Hasen ausgelegt~~ haben.

§ 4.

Der Magistrat erläßt die näheren Vorschriften über die Buchführung der Wildhändler und der Wildverteilungsstelle, über die Zulassung der Kleinhändler, über die an die Wildverteilungsstelle zu zahlenden Gebühren und über die Unkostenberechnung.

§ 5.

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Breslau, am 5. Oktober 1917.

Der Magistrat
hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Dr. Trentin. Prescher.

Selbsteindeckung mit Winterkartoffeln.

Am Montag und Dienstag, den 8. und 9. Oktober 1917, werden keine Bezugscheine abgestempelt, weil Räume und Personal für die Abfertigung der Kleinhändler gebraucht werden. Von Mittwoch, den 10. Oktober 1917 ab geschieht dies wieder und zwar werktäglich von 8—6 Uhr für die Anfangsbuchstaben A—E Blücher-Platz 16, Erdgeschoß Zimmer 2 und für die Anfangsbuchstaben F—Z am Rathause 1/2 (früher Stadthauskeller).

Breslau, am 5. Oktober 1917. 6221

Stadtkartoffelstelle
Dr. Friedel.

K. u. k. Oesterreichisch-Ungarisches Konsulat in Breslau
Cs. és kir. osztrák magyar konzulátus Boroszlóban

Landsturm-Musterung

der Geburtsjahrgänge 1897, 1898, 1899.

Alle in den Provinzen Schlesien und Posen **ständig** wohnhaften landsturmpflichtigen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bezw. bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen der Geburtsjahrgänge 1897, 1898 und 1899 werden vom 8. bis 17. November 1917 beim k. u. k. Konsulate in Breslau einer Musterung unterzogen werden.

Zu dieser Musterung haben sich alle Angehörigen der Jahrgänge 1897, 1898 und 1899, die

1. bereits früher gemustert, aber nicht geeignet,
2. bei einer früheren Musterung geeignet, bei der Präsentierung im Inlande oder auch später als nicht geeignet befunden und wieder beurlaubt worden waren, und endlich
3. die bisher zu keiner Musterung erschienen sind

beim k. u. k. Konsulate in Breslau, schriftlich oder mündlich zu melden.

In Breslau wohnhafte Landsturmpflichtige haben sich **persönlich** bis längstens 20. Oktober laufenden Jahres beim k. u. k. Konsulate **Abteilung U** an Wochentagen zwischen 9 Uhr vorm. und 5 Uhr abends, an Sonn- u. Feiertagen zwischen 10—12 Uhr vormittags zu melden.

Erfolgt die Anmeldung schriftlich, so ist derselben **unbedingt ein mit der genauen Adresse des Einsenders bereits versehener Briefumschlag** für die Rückantwort beizufügen.

Bei der schriftlichen Meldung sind anzugeben: Vor- und Zuname, Geburtsjahr, Geburtsort, zuständige Heimatsgemeinde in der Monarchie des Meldungspflichtigen, Vor- und Zuname des Vaters, Vor- und Zuname der Mutter, wann und wo das letztemal gemustert, ob enthoben und von welcher Behörde, ob gedient und wann enthoben, genaue derzeitige Adresse.

Nach erfolgter Anmeldung hat jeder Landsturmpflichtige **die weiteren Meldungen des Konsulates an seinem Wohnorte abzuwarten. Jeder Wohnungswechsel ist dem k. u. k. Konsulate sofort anzuzeigen.**

Vom Erscheinen zur Musterung sind lediglich ausgenommen:

a) Die Militärgagisten des Ruhestandes oder des Verhältnisses außer Dienst.
b) Diejenigen, die erst **nach dem 30. April 1917** im Wege der Superarbitrierung entweder als Landsturmpflichtige beurlaubt oder entlassen oder aus der gemeinsamen Wehrmacht, Landwehr oder Gendarmerie entlassen worden sind.
c) Die zum Landsturmdienste mit der Waffe offenkundig Nichtgeeigneten (das sind solche, die mit dem Mangel eines Fußes oder einer Hand, mit Erblindung beider Augen, Taubstummheit, Kretinismus, gerichtlich erklärtem Wahnsinn, Irrsinn oder Blödsinn oder mit sonstigen Geisteskrankheiten behaftet sind) wenn über das betreffende Gebrechen bezw. Leiden ein entsprechender Nachweis bei der Musterung vorliegt.
d) Jene, welche sich dieser Musterung bereits im Inlande unterzogen haben und sich hierüber mit einem Landsturmlegitimationsblatt U ausweisen können.
e) Jene, die bei einer früheren Musterung geeignet befunden und vom Landsturmdienste dermalen noch gültig enthoben sind.

Fallsüchtige haben bei der Musterung zu erscheinen, und den Nachweis über ihre Krankheit bis längstens zur Musterung beizubringen.

Von der Anmeldung ist Niemand ausgenommen, jedoch kann, wer zu einer unter a—e aufgezählten Kategorien zu gehören glaubt, dies bei seiner Anmeldung unter Vorlage von Beweisen geltend machen.

Landsturmpflichtige, welche ihren ständigen Wohnsitz **nicht** innerhalb der Provinzen Schlesien und Posen haben, werden nur dann in Breslau gemustert, wenn sie hierzu eine ausdrückliche **schriftliche** Bewilligung der für ihren Wohnsitz zuständigen politischen oder Konsular-Behörde vorweisen.

Als ständig wohnhaft ist nur jener zu betrachten, der **mindestens 6 Wochen** vor Erscheinen dieser Musterungskundmachung in dem betreffenden Orte zugezogen ist.

Alle Landsturmpflichtigen haben 2 unaufgezogene, möglichst lebensgetreue Photographien von denen eine durch die **polizeiliche Behörde des Wohnortes** beglaubigt sein muß, des weiteren sämtliche Ausweispapiere und insbesondere das

letzte Landsturm-Legitimationsblatt

sowie das eventuelle Enthebungsdokument, bei der Anmeldung mitzusenden, bezw. mitzubringen.

Die Reisekosten zur Musterung und zur Meldung, sowie die Ausgaben für die Photographien, welche den ortsüblichen Preis nicht übersteigen dürfen, werden ersetzt, wenn ein Mittellosigkeits-Zeugnis der Polizei-Verwaltung oder des Gemeindevorstehers des ordentlichen Wohnortes vorgelegt wird.

Jede Versäumnis der Anmeldung, ebenso wie ungerechtfertigtes Ausbleiben von der Musterung werden nach den Militär-Strafgesetzen geahndet.

Die bei dieser Musterung U geeignet Befundenen werden am 3. Dezember l. J. einzurücken haben.

Breslau, den 1. Oktober 1917.

Der k. u. k. österr.-ung. Generalkonsul:
Freiherr von Pitner.

Gekrönte Sanguiniker

von Hans Leuss.

statt 5.00 Mk. nur 40 [illegible] Durch Expedition und Kolporteure

Damenhüte Velour und Samt Filzhut **billigst** in der Fabrik **Freund & Krebs** am Karlstr. 30, neben der Hofkirche. Hüte jeder Art werden umgeformt.

Kunststopferei wird gut u. sauber ausgeführt **R. Lewy, Reuschestr. 13, II.**

Kauf

Ich kaufe gebr. Möbel aller Art, Geldschränke, Werkzeuge, Beim Nachl. Schreibt, ganze Nachlässe. [6206

Wahler, Friedrichstraße 17.

Messow Waldschmidt
G.m.b.H. G.m.b.H.
Schmiedebrücke

Weißware

Mod. Glasbatistkragen, große Form, glatt gebogt und mit Hohlsaum 3.95,	3⁴⁵
Tüll- und Batist-Fichus mit Spitzen garniert 5.75,	4⁹⁵
Batist- und Tüll-Stuartkragen mit und ohne Falten 2.45,	1⁹⁵
Kinder-Garnituren, rund und Matrosenform 3.45,	2⁹⁵
Kinder-Schleifen, kariert und einfarbig . . 95,	85

Band u. Spitzen

Modern gestickte Hutbänder in schönen Farben Meter 1.45,	98
Reinseidene gestreifte Haarbänder 4 cm breit . . . . Meter	85
Reinseidenes schwarzes Taftband für Blusenschleifen . . . . Meter	1⁷⁵
Schmale Batist-Wäsche-Stickerei . . . Meter	25
Madapolam-Wäsche-Stickerei, Stück 3.05, Meter	3⁷⁵

Leder-Sohlenschoner
in Beuteln mit Stiften in 3 Sortimenten

I	II	III
groß	mittelgroß	halbgroß
95	85	75

Lebensmittel

Fleischbrüh-Ersatz-Würfel 25 Stück **85**	**Himbeersaft** gesüßt Flasche **1³⁵**
Puddingpulver Aroma 5 Karton **40**	**Kümmelsalz** 3 Pack **25**
Vanillepulver 3 Pack **27**	**Rote Grütze** Aroma 3 Karton **40**
Prima Backpulver Pack-Inhalt 12 gr 3 Pack **25**	**Gestreckter Pfeffer** 3 Pack **40**

Speisekartoffeln

Bestellungen für die Winterversorgung nimmt bis auf Weiteres entgegen. 6132

Leo Salinger, Breslau 13
Viktoriastraße 114
Kartoffel-Großhandlung.

Ausstellung in Breslau

Friebeberg, Kaiser-Wilhelm-Straße 121
von
Papiergewebe-Erzeugnissen
(Gespinsten, Geweben, Bekleidung und zahlreichen Gegenständen des häuslichen u. technischen Bedarfs)
sowie dazugehörigen Maschinen
(Schneide-, Spinn- und Webmaschinen)

Schluss der Ausstellung
Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr.

6213

Geöffnet täglich von 9—7 Uhr.
Eintrittspreis 60 Pfg., Kinder und Soldaten, einschl. Unteroffiziere, **30 Pfg. Steuer inbegriffen.** **Vorverkauf bei Gebr. Barasch, Ring.**

Breslauer Messe-Gesellschaft.

[illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Oktober.

In dieser Woche 8 Pfund Kartoffeln.

Wie der Magistrat bekanntmacht, erhalten wir in dieser Woche 8 Pfund Kartoffeln, auf die Kartoffelmarken Nr. 105 und 106 je 3 Pfund, auf die Lebensmittelmarke Nr. 22 zwei Pfund. Näheres im Anzeigenteil.

Montag und Dienstag keine Kartoffelbezugscheine abstempeln.

Die Stadtkartoffelstelle teilt im Anzeigenteil mit, daß Montag und Dienstag keine Kartoffelbezugscheine abgestempelt werden.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Die Vorlage des Magistrats über Gewährung von Teuerungszulagen an Arbeiter ist dem Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Wir ersuchen um Zustimmung, daß

1. den städtischen Arbeitern und Bureauhilfskräften vom 1. Oktober ab weitere Teuerungs- (Arbeitsmarkt-) Zulagen gewährt werden;
2. die hierzu für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis 31. März 1918 erforderlichen Mittel von 600000 Mark bei den Kämmereiverwaltungen durch Abschreibung vom Hauptextraordinarium, bei den Betriebs- und Unterverwaltungen aus den eigenen Einnahmen für 1917 gedeckt werden.

In der Begründung wird gesagt, daß die bisher bereitgestellten Lohnzulagen von 750.000 Mark sich als unzulänglich erwiesen haben. Die wachsende Verteuerung der Nahrungsmittel und aller übrigen Lebensbedürfnisse erfordert auch für die städtischen Arbeiter und sonstigen Hilfskräfte neue Lohnzulagen, die auch dazu dienen sollen, die zur Anschaffung von Wintervorräten bereits gezahlten Lohnvorschüsse zu decken.

Da die von der Privatindustrie und anderen Behörden gezahlten Löhne ständig steigen, sind neue Aufwendungen nötig, um überhaupt Arbeitskräfte — insbesondere die sogenannten Facharbeiter — zu erlangen, sowie die noch verbliebenen zu halten, und dadurch größere und folgenschwere Störungen wichtiger städtischer Betriebe zu vermeiden.

Nach dem Gutachten der Betriebsleiter sind Zulagen von durchschnittlich 15 Prozent der Normallöhne erforderlich.

Die Höhe der einzelnen Zulagen soll nach dem Vorschlage des Magistrats wegen der Verschiedenheit und im Interesse der Aufrechterhaltung der städtischen Betriebe wieder „dem pflichtgemäßen Ermessen der Verwaltungen" überlassen bleiben; doch werden die Bewilligungen vom Magistrat überwacht werden.

Ebenso bedürfen die Löhne der in den Bureaus für die Kriegszeit angenommenen Hilfskräfte, Hilfsdiener usw. einer Aufbesserung, da diese an den für die Beamten und dauernd beschäftigten Kräfte vorgesehenen Vorteilen keinen Anteil haben.

Eine einheitliche Regelung der Teuerungszulagen, wie sie für die Beamten erfolgt, bleibt also auch diesmal aus.

Zulagen für städtische Rentenbezieher.

Zusammen mit den anderen Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter teilt der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung mit, daß er beschlossen hat:

1. Die im Ruhestand befindlichen Beamten und die Empfänger von Beamtenhinterbliebenen-Renten bekommen, wenn das steuerpflichtige Gesamteinkommen
   a) bei im Ruhestand befindlichen Beamten 4000 Mk.
   b) bei Witwen — ohne Waisengeld — 2000 Mk.
   nicht übersteigt, die Familienbeihilfe nach den für Beamte geltenden Grundsätzen, in Höhe von zwei Drittel des Betrages in vollen Mark nach oben abgerundet nicht unter 10 Mark den Monat und nach Gruppe 1 berechnet.
   Vollwaisen, deren Gesamteinkommen 1200 Mk. nicht übersteigt, erhalten eine monatliche Zulage von 10 Mark.
2. Den Beamten und den Hinterbliebenen von Beamten werden gleichgestellt die im Ruhestand befindlichen Lehrer von höheren, mittleren und Fortbildungsschulen, und diejenigen Angestellten, die hinsichtlich der Familienbeihilfen den Beamten gleich behandelt werden.
3. Die Empfänger von Arbeiterrenten und Arbeiterhinterbliebenen-Renten erhalten eine monatliche Zulage von zwei Drittel der den Arbeitern zukommenden Familienzulage, in vollen Mark nach oben abgerundet, mindestens 5 Mark.

Um der vielfach recht dringenden Not, die in diesen Kreisen herrscht, zu steuern, hält hier der Magistrat die Gewährung einer nach festen Sätzen bemessenen laufenden Zulage für die Dauer des Krieges für dringend geboten, und zwar will er die Zulage vom 1. Juli 1917 ab nachzahlen.

Die Kosten werden geschätzt: a) für die im Ruhestande befindlichen Beamten auf jährlich rund 27.000 Mark, b) für die Beamtenwitwen und die Vollwaisen auf jährlich rund 56.000 Mark, c) für die Empfänger von Arbeiterrenten und Arbeiterhinterbliebenen-Renten auf jährlich rund 54.000 Mark, zusammen jährlich rund 137.000 Mark.

Die Anträge werden diesen Dienstag im Haushaltungsausschuß und am 18. Oktober in der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Der erste Frost.

Nur um zwei Tage später als im vorigen Jahre hat sich diesmal der erste Frost eingestellt. Am Sonntag früh zeigten sich in verschiedenen Schrebergärten, soweit sie nicht besonders geschützt lagen, die Ranken der Kürbisse, die Spitzen der Tomatensträucher der Dahlien, sowie auch die Blätter der Bohnen erfroren. Zunächst scheint die Temperatur nur wenig unter die Frostgrenze gesunken zu sein, denn die Verwüstungen an den Pflanzen waren noch nicht vollständig, immerhin war es der erste Frost und er gemahnt uns an die kommenden unleidlichen Zeiten.

In der Grafschaft Glatz hat es bereits stark geschneit. Im Schwarzwald und in den Alpen ist ein schwerer Wettersturz eingetreten, und Schnee ist dort bis auf 700 Meter herab gefallen. [illegible]

Schlechte Nachrichten für Kohlenhamster.

Wie wir schon in der Donnerstagnummer mitteilen konnten, hat der Reichskommissar für die Kohlenverteilung den Kommunalverbänden und Gemeinden über 10000 Einwohner mit Wirkung vom 1. November an das Verfügungsrecht über sämtliche Lager und sämtliche Eingänge in Hausbrandkohlen, sowohl der Händler, wie auch der Verbraucher, zugesprochen.

Da bei der plötzlichen Kälte auch jetzt wieder die armen dürftig gekleideten Frauen und Kinder vor den Lägern frieren, während andere den Keller voll haben, wird die Stadt wohl bald nach dem 1. November von ihrem Verfügungsrecht Gebrauch machen müssen.

Wichtig für Kleinhändler mit Kleidungsstücken usw.

Da Zweifel über die Rechtsgiltigkeit des von der Reichsbekleidungsstelle in Berlin ausgesprochenen Verbotes des Warenlagerverkaufs aufgetaucht sind, die auch bereits zu einem fehlgehenden Schöffengerichtsurteil geführt haben, hat die Reichsbekleidungsstelle, um derartige Irrtümer für die Zukunft auszuschließen, dieses Verbot durch eine neue Bekanntmachung vom 6. Oktober 1917 wiederholt, die auf die Bundesratsverordnung über die Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 gegründet ist.

Alle Gewerbetreibenden, die einen Kleinhandel mit Web-, Wirk- und Strickwaren treiben, werden gewarnt, ihr Warenlager ohne Genehmigung der Reichsbekleidungsstelle zu veräußern, da sie sich sonst strafbar machen.

Angestellten-Versicherung.

Die Heilverfahren der Angestellten-Versicherung werden auch in diesem Jahre während der Herbst- und Wintermonate gewährt. Nähere Auskünfte erteilen die Vertrauensmänner und die Geschäftsstelle Schuhbrücke 50/51.

Oesterreichisch-ungarische Musterung.

Laut Bekanntmachung des österreichisch-ungarischen Konsulats werden die Geburtsjahrgänge 1897, 1898 und 1899 vom 8. bis 17. November 1917 beim k. u. k. Konsulat in Breslau gemustert. Näheres im Anzeigenteil.

Die Oderschiffahrt.

Ueber die vergangene Woche schreibt der Breslauer Schiffahrtsverein u. a.: Weder die Wasserstände noch auch die Schiffahrtsbetriebsverhältnisse auf der Oder haben gegen die Vorwoche eine wesentliche Veränderung, noch weniger eine Besserung erfahren. Der Breslauer Schleusenverkehr verminderte sich auf 17 beladene Talkähne und 4 leere Bergkähne. Die Frachtlage ist unverändert.

Akkordarbeit und Kriegszulage.

Gegen die Eisenbetonbau-Gesellschaft hatten drei Maurer eine Klage vor dem Gewerbegericht wegen Nichtauszahlung des vollen Lohnes eingereicht. Sie hatten im Akkord gearbeitet und die den Maurern seit April gewährte Kriegszulage von 15 Pfg. für die Stunde nicht erhalten. Die Eisenbetonbau-Gesellschaft weigert sich, diese Ansprüche anzuerkennen, mit dem Begründen, die Maurer hätten für 1 Quadratmeter 1 Mark erhalten und 1 Mark Stundenlohn, sodaß sie im ganzen, wenn der Akkordlohn in Stundenlohn umgerechnet wird, 1,18 Mark für die Stunde erhalten hätten. Der Vorsitzende belehrt die Firma, daß ihre Auffassung, Akkord- oder Stundenlohn sei dasselbe, irrig sei. Wenn das der Fall wäre, würde niemand Akkordarbeit verrichten, bei letzterer ist doch dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, durch Fleiß und Geschicklichkeit mehr zu verdienen. Die Kriegszulage steht dem Akkordarbeiter auch zu, ohne Rücksicht darauf, wieviel er im Akkord verdient. Letzterer könne nie im voraus berechnet werden, daher könne bei Akkordarbeit auch nicht vom Stundenlohn die Rede sein, sondern man spricht von einem Akkordvorschuß.

Ein Rechtsanspruch wird durch den Tarif aber erst dann begründet, wenn letzterer ortsüblich geworden ist, d. h. bereits längere Zeit in Anwendung ist. Dann kann gegen die Arbeitgeber klagbar vorgegangen werden, die sich weigern, den Tariflohn zu zahlen. In diesem Sinne hat auch das Reichsgericht in ähnlichen Fällen entschieden. Handelt es sich um einen Arbeitgeber, der nicht dem Arbeitgeberbunde angehört, so bleibt der Berufsorganisation nichts anderes übrig, als ihn zu boykottieren, bis der Tarif ortsüblich geltend geworden ist und dann zu klagen.

Damit im vorliegenden Falle die Kläger ihrer Ansprüche nicht verlustig gehen, ist es am empfehlenswertesten, das Verfahren ruhen zu lassen, bis der Tariflohn ortsübliche Geltung haben wird und inzwischen nach dieser Richtung Material zu sammeln. Es ist dies die einzige Möglichkeit, um die Ansprüche der Kläger gegen die Eisenbetonbau-Gesellschaft, die nicht dem Arbeitgeberbunde angehört, geltend machen zu können.

Invalidenrente und Arbeitsleistung des Kriegsverletzten.

Der Aufseher Amand Hanisch hat im Juli 1916 einen Schuß durch beide Beine bekommen. Nach seinen Angaben wurde er im März d. J. auf Veranlassung des Arztes zu einer täglich vierstündigen Arbeit veranlaßt und ihm auf seine Anfrage hin mitgeteilt, daß dies auf „seine Rentenansprüche keinen Einfluß hätte". Er war vom 24. März bis 9. Mai bei Erdenberg vier eine halbe Stunde täglich mit leichten Arbeiten beschäftigt, für einen Stundenlohn von 40 Pf. Dann brach seine Wunde wieder auf und er bekam die Wundrose. Jetzt soll er als d. u. entlassen werden. Er verlangte nun die Invalidenrente, wurde aber vom Oberversicherungsamt abgewiesen, da seine jetzige Erkrankung mit der Verwundung in keinem Zusammenhang stehe. Wenn er 6 Wochen gearbeitet hat, dann sei das ein Beweis, daß er nicht mehr Invalide war. Die neue Erkrankung sei durch eine Einwirkung von außen, durch Ansteckung entstanden. H. war sehr erregt über das Urteil und bemerkt, daß er noch Invalide gewesen sei, als er zur Arbeitsleistung bei Erdenberg gezwungen worden war.

Auch ein Beisitzer hatte die Frage aufgeworfen, ob die Wundrose nicht doch als mit der Schußverletzung im Zusammenhang stehend, anzusehen sei, da die neue Erkrankung wohl nicht eingetreten wäre, wenn die Wunde nicht vorhanden gewesen wäre.

Wie der Schleichhandel blüht.

Der Agent Carl Liebes wußte seit September 1916 in Oberschlesien, und besonders in Städten, die an der Grenze liegen, die verschiedensten Lebensmittel auf. Diese Lebensmittel, wie Graupe, Hülsenfrüchte, Grieß, Grütze, Haferflocken, Kaffee, Käse, Teigwaren, Nichte usw., [illegible] zum [illegible] Teil aus [illegible] Händler, [illegible] er [illegible] einem [illegible] höheren Preise [illegible]

Leute, die es bezahlen konnten. So nahm er zum Beispiel für ein Pfund Gries 1,20 Mark, für Hafergrütze 1,25 Mark, für Teigwaren 1,50 Mark usw. Seine Abnehmer wohnten hauptsächlich in Berlin und Charlottenburg. Am Sonnabend stand nun Liebes vor dem hiesigen Schöffengericht, um sich wegen übermäßiger Preissteigerung und Ueberschreitung der Höchstpreise zu verantworten. Da er die Hülsenfrüchte nicht, wie vorgeschrieben, an die zuständige Stelle abgeliefert hat, mußte er sich auch wegen dieses Vergehens verantworten. Der Angeklagte gibt selbst zu, daß er bei den Geschäften 20 bis 25 Prozent Reingewinn gehabt hat. Das Gericht billigt ihm mildernde Umstände zu, da durch diesen Handel die Allgemeinheit nicht geschädigt worden sei; denn die Ware sei ja dem Publikum zugeführt worden, das den Preis bezahlen konnte. Er wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

* **Der frühere Stadtverordnete und konservative Parteisekretär Dr. Kurt Nitschke** ist nach jahrelanger Geisteskrankheit am 6. Oktober in Leubus gestorben. Herr Nitschke, der ursprünglich Pastor in Niederschlesien war und dann die „Schlesische Morgenzeitung" im Sinne der Agrarier, Stockkonservativen und orthodoxen Frömmler leitete, war nicht nur ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie, sondern betätigte diese Gegnerschaft meist auch mit Mitteln, über die wir nach seinem tragischen Ende nicht mehr rechten wollen.

* **„Feindliche Brüder"** lautet der Titel einer Erzählung, mit deren Abdruck wir morgen beginnen.

* **Alle Futtermittel** (Hafer, Kraftfutter, Strohfutter) werden, wie die Stadtverteilungsstelle mitteilt, nur werktags von 8 bis 3 Uhr ausgegeben.

* **Ueber die Verteilung des Wildbrets** erläßt heute der Magistrat eine Ausführungsanweisung, die im Anzeigenteil abgedruckt ist.

* **Ein Schlafstellendieb in Soldatenkleidung** hat am 29. September eine Haushälterin Alexanderstraße 11, bei der er sich eingemietet hatte, in der Weise geschädigt, daß er mit einer Schuld von 9 Mark für Kost und Wohnung durchging und dabei sämtliche Brot- und Lebensmittelmarken der Vermieterin mitgehen hieß.

* **Kellereinbruch.** Bei einem Besuch, den Einbrecher in der Nacht zum 5. einem Keller Uferstraße 43 abstatteten, erbeuteten sie 10 Pfund Rauchfleisch, 12 Pack Neu-Frank-Kaffee, 50 Pack Ersatz-Kaffee, 10 Krausen eingelegte Früchte, 6 Flaschen Rotwein, 6 Pfund Priemtabak, 50 Schachteln Oelsardinen, 6 Pfund Rauchtabak und 2½ Pfund Dauerwurst.

* **Abhanden gekommen** ist am 4. Oktober auf der Kaiser-Wilhelmstraße eine schwarze Brieftasche mit etwa 100 Mk.

* **Die Räude** unter dem Pferdebestande des Fuhrwerksbesitzers Wilhelm Bannert, Lehmgrubenstraße 95, ist erloschen.

* **Schneeabladeplätze.** Der Polizeipräsident bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß während des nächsten Winters das Abladen von Schnee und Eis nur auf dem Dreieck zwischen der Dammstraße und dem Wege nach dem Petroleumlager, auf der Zankholzwiese zwischen der Pumpstation und dem Petroleumlagerplatze und auf den städtischen Wiesen in Mar[k]genau, soweit sie nicht vom Wasserwerk als Baustelle benutzt werden, gestattet ist.

* **Einbruchsdiebstähle.** In eine Wohnung Lützowstraße 15 drang am 3. Oktober ein Dieb und entwendete aus dem Schub des Wäscheschranks 40 Mk. — Am 3. Oktober wurde aus Königgrätzerstraße 12 ein weißer Bettbezug und ein weißes Bettlaken, beide rot mit B. L. gezeichnet, gestohlen. — An demselben Tage sind aus dem Schrank in dem Schankraum Albrechtstraße 22/23 135 Mk. gestohlen worden. — Gleichfalls am 3. wurden aus einer Wohnung Schießwerderstraße 37 3 Hefte Brotmarken gestohlen. — Eine gelblederne Reisetasche ist in der Zeit vom 22. September bis 4. Oktober aus einer verschlossenen Bodenkammer Hohenzollernstraße Nr. 96 gestohlen worden. — In derselben Nacht entwendeten Einbrecher aus einem Installationsgeschäft im Hause Adalbertstraße 23 ein Dutzend Gasstrümpfe (Hängelicht), acht Stehlichtstrümpfe und 1 Mk. Geld. — Auch einer verschlossenen Wohnung im Hause Kürassierstraße 71 statteten in derselben Nacht Einbrecher Besuch ab und stahlen aus verschlossenem Vertikow 120 Mk.

Schlesien und Posen.

Zobten a. B., 8. Oktober. **Der Zobten brennt.** Dem „Breslauer General-Anzeiger" zufolge wütet im Zobtengebirge ein großer **Waldbrand.** Der Sturm hat die Flammen noch weiter entfacht. Militär ist zur Bewältigung des Brandes aufgeboten. Der Hauptherd liegt unweit der Eulenklippe. Die Löscharbeiten sind äußerst schwierig, da in dem felsigen Gebiet frischer Boden zum Bedecken der Brandgrenze fehlt.

Glogau, 8. Oktober. **Ein trauriger Gedenktag** für unsere Stadt ist der 7. Oktober. An diesem Tage brach im Jahre 1678 ein furchtbarer Brand hier aus, durch den 121 ganze und 171 halbe Brauhöfe eingeäschert wurden. Auch vom Rathaus blieben nur die Umfassungsmauern stehen. Zur Erinnerung an dieses Brandunglück wird heute noch am 7. Oktober das sogenannte Brandamt in der katholischen Stadtpfarrkirche zur Abwendung ähnlicher Katastrophen abgehalten. Ebenso werden die Glocken der katholischen Stadtpfarrkirche am Morgen des genannten Tages eine Stunde geläutet.

Reichenbach, 8. Oktober. **Waldbrand.** Ein erheblicher Waldbrand entstand an der Roten Mühle in Tannenberg. Die Langenbielauer Feuerwehr hatte mühevolle Arbeit, um den Brand zu bewältigen.

Jauer, 8. Oktober. **Eine Todeskur.** In unerwartete Trauer wurde eine Famlie in Ossig versetzt. Ihr Töchterchen erkrankte. Auf den Rat von auswärtiger privater Seite sollte das Kind durch **heiße Dämpfe** gesunden. Nach Anwendung der Kur **verstarb** das Kind indes schon im Laufe der folgenden Nacht, anscheinend an den Folgen schwerer Verbrühung.

Parteiangelegenheiten.

Oesterreichischer Parteitag.

Ein Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich wird für Freitag, den 19. Oktober, nach Wien berufen.

Der Parteitag beginnt Freitag, den 19. Oktober, pünktlich 6 Uhr abends.

Die Tagesordnung umfaßt: 1. Berichte. 2. [illegible] die Internationale und der Friede. Berichterstatter [illegible] Adler. 3. Die Verwirklichung der [illegible] und der nationalen Autonomie. Berichterstatter Karl [illegible] 4. Wahl der Parteivertretung. 5. [illegible] [illegible]

Stadt-Theater.

„Eros und Psyche" von L. v. Rozycki.

Es gibt Menschen und Dinge, die anfänglich befremden oder kalt lassen, bei näherer Bekanntschaft aber gewinnen. Zu diesen Dingen gehört aber die Oper, die im vorigen Jahre bei uns aus der Taufe gehoben wurde, nicht. Es ist überhaupt keine Oper, denn es fehlt der dramatische Nerv — die 5 Bilder hängen nur ganz lose zusammen — und es fehlt vor allem der melodiöse Zug in den Singstimmen, ohne den eine Oper auch im modernen Sinne nicht denkbar. Das Orchester ist mit einem übersinnlichen Raffinement behandelt; auch das verfängt beim wiederholten Anhören nicht, weil man die Absicht einerseits und andererseits das Unvermögen merkt, melodisch zu gestalten. Auf der Bühne herrscht zum weitaus größten Teil des langen Abends eine geradezu erschreckende musikalische Dürre und man empfindet nichts als Mitleid mit den Darstellern, die auf einem verlorenen Posten stehen und ihre schönen Stimmen auf solche Eintagserscheinungen verwenden müssen. Der einzige Gewinn kennzeichnet sich in den wirklich schönen Bühnenbildern. Von den neuen Sängern bemühte sich Herr **Batteux** trotz großen Aufwandes von Kunst vergebens, im Verein mit Frl. **Tatapol** und den Herren **Rode** und **Abendroth** dem Werke einen durchbringenden Erfolg zu verschaffen. Der Begeisterungstummel hat arg nachgelassen. Eine alte Erfahrung, die sich immer wieder erneuern wird. H. M.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.)

Mehr Witwenrente.

Lese eben in der Zeitung, daß in der Stadtverordnetenversammlung gesagt wurde, Kriegerwitwen sollen nicht schlechter stehen als Kriegerfrauen. Ich bin Kriegerwitwe und erhalte monatlich mit meinem Kinde 50 Mark Rente, während eine Kriegerfrau 42 Mark Unterstützung erhält. Wie sollen wir Witwen bestehen, deren Männer nicht im Felde, sondern in der Garnison verstorben sind. Seit einem Jahre erhalte ich die 5 Mark Rente monatlich fürs Kind, soll das auf Kleidung oder auf Nahrung sein? Habe noch nie die geringste Unterstützung bekommen, bin aber im Gegensatz dazu schon zweimal mit der Miete erhöht worden. Unsere Männer mußten ebenso ihre Pflicht tun, als die im Felde, und daß der Dienst bisweilen kein leichter ist, beweist der Umstand, daß eben manche infolge Ueberanstrengung und Erkältung krank werden und sterben. Wie kommen nun die Kinder dazu, die ihre Väter auf diese Weise, aber doch durch den Krieg, verloren haben, zu darben und alles zu entbehren, denn wenn man als Witwe für Nahrung und Kleidung aufzukommen hat, ist es wohl selbstverständlich, daß man sich sehr einschränken muß. Kosten allein schon die Schuhe für ein Kind soviel, als ich für drei Monate als Rente bekomme. Hier wäre wohl eine Aufbesserung der Rente am notwendigsten. Frau Marie D.

Erhöht die Witwen- und Waisenrenten.

Eben lese ich in der Zeitung, daß die Hinterbliebenenrenten erhöht werden sollen. Aber wann? Im Frühjahr hieß es schon so, und es ist bis jetzt noch nichts geschehen. Beamte und andere bekommen schon lange Teuerungszulagen, aber an uns arme Witwen und Waisen denkt niemand, und es heißt obendrein, für uns wird **ausreichend** gesorgt. Ich möchte gern mal meine Rente von 89,33 Mark, die ich mit meinen vier Kindern beziehe, denen zum Einteilen geben, sie würden ach und weh schreien bei dieser schrecklichen Teuerung. Brot, Kohlen, Lebensmittel, alles wird erhöht, aber unsere Renten nicht. Warum ist man hier so zaghaft. Um etwas dazu zu verdienen, ist es jetzt schlecht, da ich immer nähte, es jetzt aber kein Garn zu kaufen gibt und die Stoffe knapp sind. Aus der Hinterbliebenenfürsorge kann man nichts groß bekommen; da heißt es, es sind zu viele. Ich habe erst seit Januar 5 Mark, 1 Zentner Kohle und ein Paar Sohlen für den Jungen bekommen. Arbeiten außer dem Hause geht schlecht, da ich keine Verwandten besitze und gezwungen bin, die Kinder fremden Leuten für teures Geld zu überlassen. Aus allen diesen Gründen reicht mein Geld nach Abzug der 18 Mark Miete, Sterbekassen, Gasgeld nur bis 15. jedes Monats. So geht es vielen Witwen, die bittere Not leiden. Hoffentlich gelingt es diesmal, daß wir noch **vor** Eintritt des Winters etwas mehr bekommen, denn die Kinder brauchen Schuhe und Bekleidung. Das sind uns doch wirklich jetzt die Herren schuldig, daß es bald erhöht wird. Frau W.

Briefkasten.

6000 K. K. Sie haben recht; das Regiment kann diesen Mann freistellen. Aber ob das wirklich geschieht, können wir doch nicht wissen; es gibt darüber keine zwingenden Vorschriften.

H. R. 1001 im Felde. Wir sollen Ihnen sagen, wohin Sie sich wenden sollen. Das können wir zuverlässig nur, wenn wir wissen, wo Sie **zuhause** sind, das heißt, wo **Ihre Frau mit den Kindern wohnt.** Sie müssen sich wegen der Arztkosten, die durch die Krankheit Ihres Kindes entstanden sind, an den Lieferungsverband wenden; aber auf dem Lande kommt als zuständige Stelle zunächst der Gemeindevorsteher in Frage, in den Städten der Magistrat usw. Will also jemand genaue Auskunft haben, dann muß er auch sagen, wo er wohnt und beheimatet ist. Das gilt nicht nur für Sie, sondern für alle Soldaten, die an uns schreiben und Auskunft wünschen.

L. a. W. M. 1. Die „Volkswacht" ist bis 27. 10. bezahlt. 2. Der Nationale Frauendienst kann selbstverständlich die Unterstützung entziehen, wenn er glaubt, sie sei nicht mehr nötig. Sie haben jedoch das Recht, sich zu beschweren; tun Sie das.

H. G. Das liegt in den Händen des Regiments.

Fr. M. J. Ja, diese Frau kann auch Wehrunterstützung erhalten. Es ist eine Bescheinigung von der Kompagnie beizubringen.

M. H. 160. Gewiß, die Wehrunterstützung ist von dem Tage an zu zahlen, wo Ihr Mann eingezogen wurde. Beschweren Sie sich beim Landrat.

Landstm. G. Solche Fragen kann nur ein Stabsarzt beantworten, nicht wir.

Nr. 250. Sie müssen wegen der Abmeldung zum Gemeindevorsteher gehen und wegen des Lohnes zum Amtsvorsteher. Nützt das nichts, dann schreiben Sie an den Landrat, und wegen des Lohnes muß beim Amtsgericht geklagt werden.

S. 50. Ohne weiteres haben Sie leider den Arzt nicht frei. Aber wir empfehlen Ihnen, sich an das Bezirkskommando mit einem Gesuch zu wenden. Sollte das keinen Erfolg haben, so müssen Sie an den Magistrat (Bureau I a Ritterplatz 1) herangehen.

Balten 1948. 1. Diese Verfügung gilt leider nicht für Preußen. 2. Das ist möglich. 3. Dagegen ist gar nichts zu machen.

W. G. 100. Erkundigen Sie sich darüber beim dortigen Magistrat; das ist am besten.

Glatz. Auch das uneheliche Kind hat Anspruch auf Wehrunterstützung, wenn die Bedürftigkeit vorliegt. Die Unterstützung kann nachgezahlt werden.

R. in Märzdorf. Ihre Tochter muß 14 Tage vorher kündigen. Dann ist sie berechtigt, ihre Stelle zu verlassen und eine andere anzunehmen, wo sie noch dazu mehr verdient.

Pionier F. G. Die eine Mark ist eingegangen und damit die „Volkswacht" bis 27. 10. 17 bezahlt.

Liegnitz. Lostm. Paul Nockonz: 2 Mk. eingegangen.

E. G. 14 in Königshütte. Unseres Wissens wird Ihnen die Rente nicht weitergezahlt.

J. R. 53. Sich in diesem Falle an einen Rechtskonsulenten zu wenden, ist ganz nutzlos. Wenn die Eingabe der Zeche keinen Erfolg hat, das Gesuch eines Rechtskonsulenten erst recht nicht. Vielleicht versucht es die Zeche nochmals.

E. G., Pöpelwitzstraße. Von Nr. 815 an kostet der „Wahre Jakob" 15 Pfg., nicht schon die Nr. 814.

Gefr. O. Sch. Nach unserer Ansicht dürfen Kantinenüberschüsse nicht ohne weiteres auf Kriegsanleihe gezeichnet werden.

B., Swinemünde. Schreiben Sie an die Linke-Hofmann-Werke in Breslau. Der Metallarbeiter-Verband in Breslau, Margaretenstraße 17, kann Ihnen gewiß weiteres mitteilen.

Landwehrm. R. H. Verstümmelungszulage wird nur bei Verstümmelung von Händen, Armen, Beinen usw. gezahlt, sonst nicht.

G. Sch. Wenn Sie kommandiert werden, müssen Sie dorthin fahren; es ist dagegen kaum etwas zu machen.

Ungenannt. Ihr Wunsch wird gern erfüllt.

Wochenspielplan der Breslauer Theater
vom 8. bis 14. Oktober 1917.

	Stadt-Theater	Lobe-Theater	Thalia-Theater	Schauspielhaus
Montag	Martha	Romeo und Julia	Ein Fallissement	Der Zigeunerbaron
Dienstag	Traviata	Ein Sommernachtstraum	Der G'wissenswurm	Glückskinder
Mittwoch	Boccaccio	Im Bahnwärterhaus	Ein Fallissement	Der Rastelbinder
Donnerstag	Tiefland	Romeo und Julia	Das Blumenboot	Glückskinder
Freitag	Der Widersp. Zähmung	Im Bahnwärterhaus	Das Blumenboot	Die Csardasfürstin
Sonnabend	Tannhäuser	Liebe	Die Stützen der Gesellschaft	Glückskinder
Sonntag nachm.	Konzert	Als ich noch im Flügelkleide	Der G'wissenswurm	—
abends	—	Liebe	Die Stützen der Gesellschaft	—

Wenn Ihre Augen schwächer werden
wenn Sie eine Brille oder Klemmer brauchen, dann kommen Sie in **„Fiedlers" Augengläser-Institut,** es besteht 38 Jahre Albrechtsstr. 10, 2. Viertel v. Ring, u. Schweidnitzerstr. 41/42. 6086

Stadt-Theater. Montag 7 Uhr „Martha." Dienstag 7½ Uhr „Traviata." Mittwoch 7 Uhr „Boccaccio."

Lobe-Theater. Montag 7½ Uhr „Romeo und Julia." Dienstag 7½ Uhr „Ein Sommernachtstraum"

Thalia-Theater Montag 7½ Uhr „Ein Fallissement." Dienstag 7½ Uhr „Der G'wissenswurm."

Schauspielhaus Operettenbühne. Telefon 2545 Montag 7½ Uhr. [illegible] „Der Zigeunerbaron." Dienstag 7½ Uhr „Glückskinder." Mittwoch 7½ Uhr „Der Rastelbinder."

Viktoria-Theater. Täglich 8 Uhr. 6206 **„Glücksmädel"**

Deutscher Kaiser 6219 **Theater - Varieté** Breslau 6, Friedr.-Wilhelmstr. 25 Allabendlich 8 Uhr der erfolgreiche **Neue Spielplan** dazu des großen Erfolges wegen verlängert: **Breslau im Lenkbaren** mit neuen Einlagen! Vorverkauf Barasch.

Stadt-Theater. Sonntag, den 14. Oktober 1917, mittags 12 Uhr: **KONZERT** zum Besten der 7. Kriegsanleihe veranstaltet von dem Breslauer Musiker-Verband ausgeführt von den Orchestern des Stadt-Theaters und des Orchester-Vereins (136 Musiker) Leitung: **Julius Prüwer** Solistin: **Mafalda Salvatini,** vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg. 6105

Programm:
Ouvertüre zu „Tannhäuser" . . . . R. Wagner
Ozeanarie aus „Oberon" (Maf. Salvatini) C. M. von Weber
„Die Ideale", symphonische Dichtung Fr. Liszt
„Isoldes Liebestod" (Mafalda Salvatini) R. Wagner
Zum ersten Male:
„Max und Moritz", symphon. Burleske J. G. Kraczek (frei nach W. Busch) 6209

Preise der Plätze (einschließlich Kartensteuer und Garderobengeld):
Fremdenloge . . . . . M. 7.35 | II. Rang Proszenium, Loge Balkon . . . . M. 4.05
I. Rang Proszenium . . . 6.75 | III. Rang Sitzplatz 2.55
I. Rang Balkon, Loge . . 6.10 | III. Rang Stehplatz . . . 2.05
Orchesterloge, Orchestersitz . . . . 6.10 | Parterre 2.15
Parkett, Parkettloge . . . 5.05 | Galerie-Sitzplatz . . . . 1.45 | Galerie-Stehplatz 1.05

Der Vorverkauf beginnt Montag, den 8. Oktober, nachm. 3—5 Uhr und wird täglich vormittags 10—2 Uhr fortgesetzt.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate in der Volkswacht kosten die kleine Zeile **nur 20 Pfennige**

Schlosser und Schmiede für dringende Kriegsarbeiten zum sofortigen Antritt gesucht **Breslauer Träger- und Baueisen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** Märkischestraße 24/26. 6196

Für die Schuhmacher-Werkstatt 6174 **Schuhmacher u. Hefterinnen** ins Haus gesucht. Altbekleidungsstelle Ring 48.

Tischler u. Stellmacher für Heeresarbeiten werden eingestellt. [6223 **M. Kalski,** Holzbearbeitungsfabrik, **Fröbelstr. 10.**

Liebich Theater Heute abends 7½ Uhr: **Afra „Die Seiltänzerin"** Rafayette's Wunderhunde 8 Germanias 8 **Paul Jülich** und die glänzenden Oktober-Spezialitäten.

Dominikaner!! Jeden Sonntag, jeden Donnerstag: 2 neue Burlesken-Schlager: Die Kompagnie-Braut Durch List zum Ziel [illegible] Jeden Mittwoch 4 Uhr: „Gemütlicher Kaffeeklatsch". Eintrittspreis auf allen Plätzen 19 Pfg. Kinder mit Eltern 10 Pfg. [illegible] 6694 Dieses Angebot gilt für Mittwoch nachmittags für Erwachs. u. frei. Eintritt.

Sehprüfung verlangt langjährige Erfahrung in der Brillenoptik. 2919 Fachmann seit 1877. **Optiker Garai, Albrechtstraße 3.**

Mehrere kräftige Arbeiter und Arbeiterinnen für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. **E. F. Ohle's Erben Aktiengesellschaft** Breslau 6, Andersenstraße 47. 6282

Schöne Strafe f. Fleischer z. verk. 6250 Müller, [illegible] 6, III.

Puppen-Klinik Große Auswahl in Puppen sowie sämtl. Ersatzteile [illegible] A. Hannig, Holteistraße 31.

Kultur und Nation von Wolfgang Heine. Preis 15 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteure.

Elektromonteure für Kriegsaufträge gesucht. **Siemens-Schuckertwerke, Breslau,** Kaiser-Wilhelmstraße 137. 6284

Schlosserlehrlinge zur gründlichen Ausbildung zum baldigen oder späteren Eintritt gesucht. Meldungen beim Portier des Eisenwerkes Gustav Treienberg, Gräbschen. **Andres & Co.,** Gesellschaft für Gewächshausbau u. Heizungsanlagen m. b. H., Breslau 26.

Neu! Neu! **Kaiser-Wilhelm-Café** Täglich: **Grosses Salon-Konzert** ausgeführt vom beliebten Kapellmeister Ernst Ciehocki (früher Nimmbaum-Restaurant). Um recht zahlreichen Zuspruch bitten ganz ergebenst Hochachtungsvoll 6290 Ernst Ciehocki Kapellmeister. Th. [illegible] Cafétier. Neu! Neu!

Der Herr von Bunkaherjn. Roman von Erik Nordgreen. 231 Seiten bisher 1.80 Mk., nur 50 Pf. **Buchhdlg. Volkswacht** modernes Antiquariat

Arbeiterinnen für **Linke-Hofmann-Werke** gesucht 6218

Maurer u. Bauarbeiter stellt ein **E. Francke, Baugeschäft,** Kleinburgstraße 20. 6193

Bauarbeiter 6293 für Neubau bei Linke-Hofmann-Werke, Grundstraße gesucht. Meldung bei [illegible] **Guido Simon G. m. b. H.** [illegible]

Tischler u. Polierer sucht 6237 **Werft, Teichstraße 9.**

Arbeiter-Frauen [illegible]

Junge Mädchen zu leichter Arbeit gesucht. Arbeitszeit u. Meldungen 8—6 Uhr. **Ferdinand Lauterbach** [illegible] 6211

Kräftiger **Laufbursche** [illegible] 11—1, 3—7 Uhr. [illegible]

Hausbereinigung [illegible]